

Stenographisches Protokoll.

47. Sitzung des Bundesrates der Republik Österreich.

Dienstag, den 28. November 1922.

Tagesordnung: 1. Bericht des Ausschusses für Verfassungs- und Rechtsangelegenheiten, betreffend den Beschluß des Nationalrates vom 24. November 1922 über die Genehmigung der am 4. Oktober 1922 in Genf unterzeichneten Protokolle Nr. I, II und III (38 der Beilagen). — 2. Bericht des Ausschusses für Verfassungs- und Rechtsangelegenheiten, betreffend den Beschluß des Nationalrates vom 26. November 1922 auf ein Bundesverfassungsgesetz über die Ausübung der außerordentlichen Vollmachten, die der Bundesregierung gemäß dem Genfer Protokoll Nr. III vom 4. Oktober 1922 eingeräumt werden (39 der Beilagen). — 3. Bericht des Ausschusses für wirtschaftliche Angelegenheiten, betreffend den Gesetzesbeschluß des Nationalrates vom 27. November 1922 über die zur Aufrichtung der Staats- und Volkswirtschaft der Republik Österreich zu treffenden Maßnahmen (Wiederaufbaugesetz) (40 der Beilagen). — 4. Bericht des Ausschusses für Verfassungs- und Rechtsangelegenheiten, betreffend den Gesetzesbeschluß des Nationalrates vom 3. November 1922 über die Schaffung eines Ehrenzeichens für eifrige und ersprießliche Tätigkeit auf dem Gebiete des Feuerwehr- und Rettungswesens (35 der Beilagen). — 5. Bericht des Ausschusses für Verfassungs- und Rechtsangelegenheiten, betreffend den Gesetzesbeschluß des Nationalrates vom 3. November 1922 über die Schaffung von Ehrenzeichen für verdienstliche Tätigkeit auf dem Gebiete des freiwilligen Hilfswesens des österreichischen Roten Kreuzes oder sonstiges gemeinnütziges und wohltätiges Wirken im Interesse der Volksgesundheit und der Sanitätspflege in Österreich (36 der Beilagen). — 6. Bericht des Ausschusses für Verfassungs- und Rechtsangelegenheiten, betreffend den Gesetzesbeschluß des Nationalrates vom 4. November 1922 über die Schaffung von Ehrenzeichen für Verdienste um die Republik Österreich (37 der Beilagen).

Inhalt.

Aufschrift des Bundeskanzleramtes,

betreffend den Gesetzesbeschluß des Nationalrates vom 27. November 1922, betreffend Vermehrung der Mittel des Bundes-Wohn- und Siedlungsfonds (4. Fondsnovelle 1922) (Seite 695).

Verhandlung.

Bericht des Ausschusses für Verfassungs- und Rechtsangelegenheiten, betreffend den Beschluß des National-

rates vom 24. November 1922 über die Genehmigung der am 4. Oktober 1922 in Genf unterzeichneten Protokolle Nr. I, II und III (38 der Beilagen — Redner: Berichterstatter Falser [Seite 695], die Bundesräte Dr. Fugelmann [Seite 696], Doktor Hartmann [Seite 699], Birbaumer [Seite 706].



47. Sitzung des Bundesrates der Republik Österreich am 28. November 1922.

695

Beginn der Sitzung: 6 Uhr 10 Minuten abends.

Vorsitzender: Vorsitzenderstellvertreter
Bundesrat Dr. **Drexel**.

Stellvertreter des Vorsitzenden: Bundesrat **Emmerling**.

Schriftführer: Dr. **Hemala, Klein**.

Bundestanzler: Dr. **Seipel**.

Bundesminister: **Dauguin** für Heereswesen, Dr. **Rienböck** für Finanzen, **Kraft** für Handel und Gewerbe, Industrie und Bauten.

Vorsitzender: Ich erkläre die heutige Sitzung für eröffnet.

Das amtliche Protokoll über die Sitzung des Bundesrates vom 27. November 1922 liegt in der Kanzlei zur Einsicht auf. Ich ersuche um Verlesung des Einlaufes.

Schriftführer: Dr. **Hemala** (liest):

„Das Präsidium des Nationalrates hat dem Bundeskanzleramt mit Schreiben vom 27. November l. J., Nr. 2116/N. R., den anverwahrten Gesetzesbeschluß des Nationalrates vom 27. November 1922, betreffend Vermehrung der Mittel des Bundes-Wohn- und Siedlungsfonds (4. Fondsnovelle 1922) übermittelt.

Da der vorliegende Gesetzesbeschluß zu den im Artikel 42, Absatz 5, des Bundes-Verfassungsgesetzes angeführten Beschlüssen gehört, wurde seine sofortige Beurkundung und Kundmachung veranlaßt.

Wien, am 27. November 1922.

Im Auftrage:

Uebelhör.“

Vorsitzender: Diese Zusage dient lediglich zur Kenntnissnahme.

Wir gelangen zur Tagesordnung.

Unser erster Verhandlungsgegenstand ist der Bericht des Ausschusses für Verfassungs- und Rechtsangelegenheiten, betreffend den Beschluß des Nationalrates vom 24. November 1922 über die Genehmigung der am 4. Oktober 1922 in Genf unterzeichneten Protokolle Nr. I, II und III. (38 der Beilagen.)

Berichterstatter ist der Bundesrat Falser; ich ersuche ihn, die Debatte einzuleiten.

Berichterstatter Falser: Hoher Bundesrat! Raum ein Bundesbürger wird Freude empfinden, wenn er die Vereinbarungen, die unsere Regierung in Genf abschließen mußte und die der Nationalrat in den letzten Tagen verabschiedet hat, prüft.

Es ist zweifellos, daß diese Vereinbarungen sehr tief eingreifende Beschränkungen unserer staatlichen Souveränität und unserer wirtschaftlichen Freiheit bedeuten. Wir müssen aber bedenken, daß seinerzeit, als wir aus der großen österreichisch-ungarischen Monarchie ausscheiden mußten, die eine Großmacht war, auch unser Wirtschaftsleben, unsere wirtschaftlichen Verbindungen vollständig zerrissen wurden, daß wir in eine wirtschaftliche Notlage geraten sind, die es uns unmöglich gemacht hat, uns selbständig zu erhalten. Wir sind dadurch gezwungen worden, uns an das Ausland zu wenden, damit wir die notwendigen Mittel bekommen, um mindestens über die ersten Jahre des Überganges und die schwerste Zeit hinwegzukommen. Wenn wir uns an die Wertverminderung unseres Geldes im verflochtenen Sommer erinnern, so werden wir es begreiflich finden, daß unsere Regierung in dem Bestreben, das Volk vor dem Untergange zu retten, alles getan hat, alles tun mußte, was in ihren Kräften stand. Sie hat sich an das Ausland gewandt und hat sich mit den Großmächten England, Frankreich und Italien und mit der Tschechoslowakischen Republik zusammengefunden, um wenigstens eine Garantie dieser Staaten für eine Anleihe zu erlangen, die wir seitens des Privatkapitals bekommen können.

Diese Vereinbarungen haben zum Abschlusse der Protokolle geführt, die uns heute vorliegen. Sie sind in drei Gruppen zu teilen. Zunächst gewähren uns diese vier Staaten in dem Protokoll II, wie schon erwähnt, die Garantie für eine Anleihe, die wir dann beim privaten Kapital aufzunehmen haben. Diese Anleihe ist natürlich an gewisse Gegenleistungen gebunden. Diese Gegenleistungen enthält das Protokoll III. Dieses Protokoll III enthält gewiß sehr schwerwiegende wirtschaftliche Eingriffe und auch Eingriffe in die Selbständigkeit des Staates. Wir müssen uns einer Finanzkontrolle unterwerfen und wir müssen auch eine Verwaltungsreform unter der Aufsicht des Völkerbundes durchführen. An und für sich wäre gewiß in materieller Beziehung gegen diese Tätigkeit nichts einzuwenden, die dazu führen soll, unseren kleinen Staat wieder empor zu bringen. Wir hätten ja das auch selbst machen können. Das Unangenehme liegt aber darin, daß uns das Ausland zu dieser Reform

verpflichtet, weil es sonst nicht die Garantie für die Anleihe leisten würde, die wir notwendig brauchen.

Allerdings wird die Kontrolle dadurch etwas weniger empfindlich gemacht, daß sie nicht von den garantierenden Staaten selbst geübt wird, sondern vom Völkerbunde durch den von ihm eingesetzten Generalkommissär und daß uns auch im Völkerbundrat eine Instanz über dem Generalkommissär gewährt ist, falls dieser Generalkommissär wider Erwarten an uns Verlangen stellen sollte, die zu erfüllen wir nicht verpflichtet zu sein glauben. Aber immerhin bleibt es Tatsache, daß diese Kontrolle einen sehr empfindlichen Eingriff in unsere staatliche Souveränität und in unser freies wirtschaftliches Leben bedeutet.

Diese Kontrolle soll so lange dauern, bis das Gleichgewicht in unserm Staatshaushalte hergestellt ist. Insofern es sich um die garantierte Anleihe handelt, soll sie so lange dauern, bis diese Anleihe getilgt ist. In dieser Beziehung möchte ich insbesondere darauf hinweisen, daß uns nach dem Wiederaufbaugesetze, das ja später besprochen werden wird, die Möglichkeit gegeben ist, noch früher, als im Garantiegesetze vorgesehen ist, die Anleihe zur Rückzahlung zu bringen und uns dadurch von der Kontrolle zu befreien. Die Kontrolle, die so lange dauern soll, bis das Gleichgewicht in unserem Staatshaushalte hergestellt ist, soll mit Ende des Jahres 1924 aufhören, wenn bis dahin der beabsichtigte Zweck erreicht ist.

Eine weitere Beschränkung unserer Staatlichkeit im Innern liegt darin, daß wir verpflichtet werden, unserer Regierung gewisse weitgehende Vollmachten zu erteilen, damit sie nicht genötigt sei, für jeden einzelnen Schritt der Sanierung die Genehmigung der gesetzgebenden Gewalten einzuholen. Diese Vollmächtsübertragung bildet ja den Gegenstand eines späteren Referats und ich werde daher dort darauf zu sprechen kommen. In dem Protokoll Nr. I ist endlich auch noch die Frage der Unabhängigkeit unseres Staates zum Gegenstande der Vertragsvereinbarungen gemacht worden. Es wird diesem Protokolle zum Vorwurfe gemacht, daß es die Unabhängigkeit des Staates anders als im Staatsvertrage von Saint-Germain geregelt, daß es sie erschwert hat. Dies ist aber nach Anschauung des Ausschusses, in dessen Namen ich Bericht erstatte, nicht der Fall. Gerade die Berufung auf Artikel 88 des erwähnten Völkerfriedens von Saint-Germain beweist, daß wir nur im Rahmen dieses Artikels unsere Unabhängigkeit wahren müssen und daß uns nur im Rahmen dieses Artikels der von uns allen gewünschte Anschluß an Deutschland versagt ist. Es ist daher nach der Meinung des Ausschusses nicht richtig, daß darin eine Verschärfung der Bestimmungen des Vertrages von Saint-Germain gelegen ist. Diese Erwägungen sind im Ausschusse gründlich erörtert

worden, es sind auch die Gegenargumente zur Sprache gekommen und der Ausschuss hat nach reiflicher Überlegung aller Umstände sich in seiner Mehrheit veranlaßt gesehen, Ihnen den Antrag zu unterbreiten, daß gegen den Beschluß des Nationalrates, der diesen Staatsvertrag bereits genehmigt hat, Einspruch nicht erhoben werde.

Artikel 50 des Bundesfinanz-Verfassungsgesetzes verlangt die Genehmigung dieses Staatsvertrages und hält auch das Einspruchsrecht des Bundesrates gegen eine solche Genehmigung aufrecht. Ich erlaube mir daher, im Auftrage des Ausschusses vorzuschlagen, daß der Bundesrat von der Möglichkeit des Einspruches in diesem Falle keinen Gebrauch macht.

Vorsitzender: Ich eröffne die Debatte.

Zum Worte hat sich gemeldet der Herr Bundesrat Dr. Hugelmann; ich erteile ihm das Wort.

Bundesrat Dr. Hugelmann: Hoher Bundesrat! Niemand in diesem Saale verkennet die Tragweite der Entschlüsse, vor welche der Bundesrat in diesem Augenblicke gestellt ist. Wie schon der Herr Berichterstatter ausgeführt hat, handelt es sich hier um eine Vereinbarung, welche ganz gewiß schwerwiegende, in unser inneres politisches Leben tief eingreifende Bestimmungen enthält, und niemandem von uns ist es eingefallen, etwa, wie mir unter gesagt wird, über diese Bestimmungen zu jubeln. Im Gegenteil hat der Herr Bundeskanzler vor dem ersten Augenblicke an, in welchem er aus Genf zurückgekommen ist, die weitesten Kreise der Bevölkerung darauf aufmerksam gemacht, daß es sich tatsächlich um Opfer handelt, die wir bringen müssen, um noch schwerere Opfer zu vermeiden, um Eingriffe in unsere innere Staatlichkeit, die wir hinnehmen, um noch schwerere Eingriffe, die uns drohen, hintanzuhalten. Wenn ich hier in dem letzten Stadium, in welchem vor dem Forum der Öffentlichkeit parlamentarisch zu dieser Vereinbarung Stellung genommen wird, namens meiner Fraktion das Wort ergreife, so möchte ich mir erlauben, über das kleinliche Tagesgezanke und den Streit über eine Fülle von Einzelfragen hinweggehend, die großen Fragen herauszugreifen, welche im Streite der Parteien für und wider während der aufgeregten und oft leidenschaftlich bewegten letzten Wochen zutage getreten sind, und mich bemühen, diese Fragen von einem höheren Gesichtspunkte aus zu beleuchten; ich glaube, damit die Debatte vielleicht in ein Fahrwasser zu lenken, in welchem sie mit gegenseitiger Achtung der Überzeugung der andern Seite geführt werden kann.

Die drei großen Fragen, welche bei den Genfer Protokollen und den damit zusammenhängenden Gesetzen aufgetaucht sind, lassen sich natürlich nicht nach den einzelnen Vorlagen vollständig scheiden, und ich kann über die Bedeutung dieser Probleme nicht sprechen, ohne hier oder dort schon mit einigen Worten an die anderen Gesetze zu rühren, welche mit diesen Protokollen zusammenhängen. Die drei großen Probleme, welche hier aufgeworfen wurden, sind, glaube ich, folgende: Einerseits drehte sich der Kampf um die Frage der Vollmacht an die Regierung. Die Erteilung dieser Vollmacht an die Regierung ist uns ja schon in den Genfer Protokollen auferlegt, und es kann und muß daher schon bei der Würdigung dieser Protokolle diese Frage aufgeworfen und beleuchtet werden. Zweitens aber sind diese Protokolle unter einem, meiner Meinung nach viel wichtigeren und größeren Gesichtspunkte betrachtet worden, unter dem Gesichtspunkte, daß wir unser deutsches Land Österreich einer ausländischen Macht zunächst wirtschaftlich, aber auch politisch in einem weitergehenden Maße unterwerfen, uns in unserer nationalen Selbstbestimmung angeblich weitergehend binden, als dies schon nach den früheren Verträgen der Fall war, welche wir unter dem Zwange trauriger Umstände geschlossen haben. Und schließlich ist im Laufe der Debatte über die konkreten Maßnahmen, welche im Zuge der Verwirklichung, der Durchführung dieser Protokolle zu ergreifen sind, noch eine große innere Frage Österreichs, die Frage der Auseinandersetzung zwischen dem Bund und den Ländern, aufgeworfen worden. Ich möchte, um mit einem verjöhnlichen Gedanken zu beginnen, mit Befriedigung hervorheben, daß im Zuge dieses Kampfes gerade von einer Seite, die sonst dieser unserer Auffassung über die Bedeutung und Stellung der Länder weniger Verständnis entgegengebracht hat, diesmal ein außerordentliches Gewicht auf diese Stellung der Länder in der Bundesverfassung gelegt wurde, und ich möchte darin ein Vorzeichen dafür erblicken, daß, wenn der Kampf um diese Protokolle vorüber ist, sich vielleicht Brücken und Wege finden werden, daß diejenigen, die zu diesen Protokollen einen abweichenden Standpunkt einnehmen, doch auch wieder Berührungspunkte in der Auffassung unseres staatlichen Lebens gewinnen werden.

Im übrigen wird die Frage der Auseinandersetzung zwischen Bund und Ländern bei der Beratung des Wiederaufbaugesetzes so sehr in den Vordergrund treten, daß ich hier darüber hinweggehen kann und ich werde mich bei der Behandlung dieser Protokolle dann darauf beschränken, die beiden anderen großen Einwürfe zu besprechen, die in der Öffentlichkeit von den Gegnern der Protokolle vorgebracht wurden: also zunächst die angeblich dem Wesen des Parlamentarismus, dem

Wesen der parlamentarischen Demokratie widerstreitende große Selbständigkeit, welche teils der Regierung eingeräumt werden soll und welche sie teils schon für sich in Anspruch genommen hat, indem sie diese Protokolle abgeschlossen hat, ohne vorher dem Nationalrat und dem Bundesrat in den Einzelheiten davon Kenntnis zu geben.

Wenn wir diese Frage erörtern müssen, ob in dem selbständigen Vorgehen der Regierung tatsächlich etwas Unparlamentarisches gelegen gewesen ist, glaube ich, meine verehrten Frauen und Herren, daß wir denn doch etwas unerfahren in den Methoden der parlamentarischen Regierungsform sind, wenn wir in einem solchen selbständigen Vorgehen der Regierung auf eigene Verantwortung, ohne irgend jemanden zu fragen, etwas Unparlamentarisches erblicken. Die englische Verfassung, welche uns so oft gerade in den publizistischen Organen der sozialdemokratischen Partei in der zweiten Hälfte des Weltkrieges als ein erstrebenswertes Muster vorgehalten wurde, hat auf das deutlichste durch eine lange Gewohnheit den Satz entwickelt, daß eigentlich die Tätigkeit des Parlaments im wesentlichen darin besteht, Führer zu wählen, einer Regierung die Führung des Staates zu übergeben, und daß dann diese Regierung unter ihrer Verantwortung zu führen hat. Ich glaube, wenn man beispielsweise das bekannte Buch vom Bonell, des amerikanischen Betrachters der englischen Verfassung, einsieht, so wird einem zum lebendigen Bewußtsein kommen, daß gerade dieses selbständige, dieses Vorgehen der Regierung auf eigene Verantwortung der Regierung, die ja jederzeit vom Parlament abberufen, ihres Amtes entsetzt werden kann, den Methoden des eigentlichen Parlamentarismus, wie er sich historisch entwickelt hat, vollständig entspricht. Wenn in der Art, wie wir diese Genfer Protokolle nunmehr durchführen, etwas von diesen Methoden des reinen Parlamentarismus abweicht, dann ist es gerade, glaube ich, der Umstand, wie wir diesen außerordentlichen Kabinettsrat zusammensetzen, indem wir in dieser erweiterten Regierung — was ich ja für gut halte, wovon ich aber meine, daß es von den Methoden des reinen Parlamentarismus abweicht — auch der Minorität eine Vertretung zugestehen. Das Wesen des Parlamentarismus, wie er sich in England herausgebildet hat, ist die reine Parteiregierung; die Regierung ist ein Anschluß, ein Organ der Mehrheit und diese Mehrheit trägt die Verantwortung für die Politik der von ihr eingesetzten Regierung.

Ich mache Sie darauf aufmerksam, daß nach diesem englischen Parlamentarismus es überhaupt keiner Zweidrittelmehrheit für die Erteilung einer Vollmacht bedurft hätte, daß dieser große Schutz der Minderheit, welcher in dieser Notwendigkeit der Zweidrittelmehrheit liegt, da überhaupt nicht vor-

kommt, sondern, daß da das Recht der Mehrheit bis in die äußersten Konsequenzen durchgedacht ist, in Konsequenzen, welche wir in unserer Verfassung nicht gezogen haben und welche nach meiner Meinung für unsere Verhältnisse tatsächlich nicht passen. Aber ich möchte der Auffassung entgegenreten, als ob das Wesen einer Mehrheitsregierung, einer Parteiregierung, das selbständige, auf eigene Verantwortung Handeln dieser Mehrheitsregierung, ohne die Minorität in den Einzelheiten heranzuziehen, den Traditionen parlamentarischer Regierungsformen widerspräche. Das genaue Gegenteil ist der Fall. Gerade dieses ausgesprochene Mehrheitsprinzip, viel weitergehend, als es bei uns gehandhabt wurde, würde den Methoden und den Traditionen des reinen Parlamentarismus entsprechen.

Aber wir brauchen, meine Damen und Herren, nicht nach England zu gehen, nicht in die Ferne zu schweifen; ich möchte hier schon darauf aufmerksam machen, daß wir auch in unserer jungen Republik schon wiederholt ungeheuer weitgehende Vollmachten an die Regierung gegeben haben und daß die Vollmacht, welche wir hier geben, daher nicht etwas Unerhörtes ist, was unserem Verfassungsleben bisher fremd war, sondern daß wir ohne jeden Zwang von außen ebenso weitgehende Vollmachten oder wenigstens ähnliche auch früher gegeben haben. Ich verweise beispielsweise auf das Gesetz vom 6. Mai 1919, St. G. Bl. Nr. 277, wozu die Regierung schlechthin ermächtigt wird, Verfügungen zu treffen, die sich mit Rücksicht auf die Maßnahmen in anderen Staaten nach dem Grundsatze der Wiedervergeltung oder zur Wahrung der Zoll- und handelspolitischen Interessen Österreichs als erforderlich erweisen, oder auf ähnliche Gesetze noch nach dem Inkrafttreten der neuen Bundesverfassung, zum Beispiel auf das Gesetz vom 16. Dezember 1920, B. G. Bl. Nr. 8 ex 1921, und vom 11. Mai 1921, B. G. Bl. Nr. 293. Da glaube ich nun, daß es uns nach dieser Seite des Eingriffes in unser innerpolitisches Leben die Genfer Vereinbarungen, die Genfer Protokolle in einem milderen Licht erscheinen läßt, wenn wir uns sagen können, daß wir weitgehende Vollmachten, welche über den gewöhnlichen verfassungsmäßigen Rahmen hinausgehen und daher eines Verfassungsgesetzes bedürfen, daß wir solche Vollmachten auch bisher in unserer jungen Republik wiederholt an Regierungen an sozialdemokratisch geführte sowohl als an christlichsozial geführte Regierungen, gegeben haben. Ich glaube, die Bedenken sind hinfällig, als ob der Bundeskanzler dadurch, daß er während der Genfer Verhandlungen auf eigene Verantwortung, gedeckt durch das Vertrauen einer starken Mehrheit im Nationalrat, gehandelt hat, daß er die Verantwortung gerade entsprechend den parlamentarischen Grundsätzen auf sich genommen hat, etwa gegen

die parlamentarischen Traditionen verstoßen habe, ebenso daß es ein solcher Verstoß sei, wenn wir uns herbeigelassen haben, der Regierung weitgehende Vollmachten einzuräumen, weil wir ja solches in unserer jungen republikanischen Verfassung schon zu wiederholten Malen getan haben.

Schwerer natürlich als diese Bedenken bezüglich der inneren Bindungen, die vielleicht von Seiten der Opposition als Unfreiheit empfunden und hingestellt werden, wiegt der Vorwurf, beziehungsweise die Frage, ob wir durch die Genfer Protokolle uns einem außenpolitischen Zwang unterwerfen, uns unseres Selbstbestimmungsrechtes in einem Maße entäußern, welches über die Bindungen, die wir leider schon in einem früheren Zeitpunkt auf uns nehmen mußten hinausgeht. Und da ist es hoher Bundesrat, meine feste Überzeugung, daß dies nicht der Fall ist. Denn die Bindung des ersten Protokolls, welches hier in Betracht kommt, geht dahin, daß Österreich unter Wahrung der Bestimmungen des Vertrages von Saint-Germain seine Freiheit in Bezug auf Zolltarife usw. habe. Und schon im vorangehenden Satz ist der Artikel 88 zitiert und Österreich verpflichtet sich ausdrücklich „gemäß dem Wortlaute des Artikels 88“. Ich lege besonderes Gewicht darauf, daß der Wortlaut des Artikels 88 des Friedensvertrages bezogen ist und daher schon nach dem Eingange dieser Verpflichtung die Deutung aus geschlossen wird, als ob wir uns einer Bindung unterwerfen, die nicht in diesem Artikel 88 des Friedensvertrages enthalten wäre. Wir verpflichten unsere Unabhängigkeit nicht aufzugeben. Die „Regierung wird sich jeder Verhandlung und jeder wirtschaftlichen oder finanziellen Bindung enthalten, welche geeignet wäre, diese Unabhängigkeit direkt oder indirekt zu beeinträchtigen“. Es ist richtig, daß dieser Satz im Friedensvertrage nicht ebenso steht, aber im Friedensvertrage steht ein anderer Satz, der nach meiner Meinung über diesen Satz noch hinausgeht, der Satz nämlich, daß Österreich sich aller Akte enthalten wird, die mittelbar oder unmittelbar seine Unabhängigkeit gefährden. Und unter solche Akte müssen selbstverständlich auch die hier aufgezählten Akte gerechnet werden. Um nur durch ein Beispiel zu verdeutlichen, welche Fassung weitergeht, macht es gerade die hier gewählte Fassung ganz unmöglich, Fragen der Rechtsanerkennung, Fragen der kulturellen Angleichung des Hochschulwesens und dergleichen unter diese Bestimmung zu subsumieren. Ich glaube daher, daß wir bei strengster Prüfung unseres Gewissens nicht sagen können, daß wir eine Bindung unseres Selbstbestimmungsrechtes eingegangen sind, welche über die traurigen Folgen der Niederlage, dieser Tatsache, die uns alle die weiteren Bindungen auferlegt hat, hinausgeht.

Ich darf vielleicht hier die Rede zitieren, die Staatskanzler Dr. Renner in der Sitzung des Nationalrates vom 6. September 1919 gehalten hat, wo er ausdrücklich erklärte (*liest*):

„Es gehört zu meiner schmerzlichen Pflicht, dem Hause zu berichten, daß der Friedensvertrag uns die Freiheit dieser Entscheidung“ — welche gemeint ist, ist ganz klar — „nimmt. Wir müssen es versuchen, zunächst allein zu stehen. Da wir es müssen, müssen wir es auch wollen. Eines allerdings nimmt der Friedensvertrag in Aussicht. Auch in dieser Frage soll der Völkerbund entscheiden und das Ideal, das diesem Staate seit seiner Geburt eingeboren ist, das Ideal der Vereinigung mit dem deutschen Mutterlande, kann nur mehr vollzogen werden im Wege der Verhandlungen mit dem Völkerbunde, im Wege der Überzeugung der Großmächte von der Notwendigkeit dieses Anschlusses.“ Von diesem Standpunkt aus, den hier der Staatskanzler Dr. Renner vertritt, ist absolut nicht einzusehen, wie durch diese Genfer Protokolle der Weg, den er damals als einzigen erklärt hat, verrammelt worden sein soll. Und ich muß mir die Bemerkung erlauben, daß der verehrten Opposition, der sozialdemokratischen Seite, wenn sie unter diesem Gesichtspunkte nunmehr dagegen Protest erhebt, daß wir uns in dieser Frage einer Zustimmung im Sinne des Artikels 88 unterwerfen, dazu die aktive Mitlegitimation fehlt.

Um wirklich das deutsche Volk einer nationalen Wiedergeburt entgegenzuführen, glaube ich, würde es nicht so sehr auf einzelne Paragraphen ankommen, nicht so sehr auf einzelne Verpflichtungen, die wir auf uns nehmen mußten, um dieses deutsche Land überhaupt vor dem Hinabsinken in den Abgrund zu bewahren, sondern die große Frage unseres nationalen Lebens wird gerade dann in das Stadium der realen Entscheidung treten, wenn wir uns aus dem Zusammenbruch, aus dem Elend herausrufen, wenn wir einmal wirtschaftlich so dastehen, daß wir die tatsächliche Freiheit haben, welche dann die politische und juristische Freiheit mit sich bringen wird. Um dazu zu kommen, ist es viel notwendiger als einzelne Paragraphen zu beseitigen, daß wir jene Stimmung aus unserem Volke hinausbringen, die die Niederlage vorbereitet hat, jene Stimmung, die in der schmählichen Schulblüge verkörpert ist, jene Stimmung, die in der Verachtung unserer Geschichte verkörpert ist. Und wenn wir unser Volk dazu erziehen, daß es Schluß macht mit jeder Verunglimpfung seiner eigenen Geschichte, daß es wieder stolz ist auf seine eigene Geschichte; wenn wir das Volk dazu erziehen, daß es diese Schulblüge weit von sich weist, wenn wir es mit einem solchen starken Glauben erfüllen, daß es auch in der Welt diese Schulblüge besiegt, dann wird der Tag kommen, an welchem verwickelt werden kann,

worauf einmal nach einer schönen Legende ein österreichischer Erzherzog und ein preussischer König die Gläser geleert haben: „ein einiges freies Deutschland“. Bis aber der Tag kommen kann, gilt für uns der Satz: arbeiten und nicht verzweifeln! Und als ein Bekenntnis zu diesem Programm, arbeiten und nicht verzweifeln auch unter den schwersten Umständen, auch unter den schwersten Bindungen, die uns nicht diese Protokolle, sondern die Tatsache unserer Niederlage auferlegt, fasse ich die Genfer Protokolle und alles, was damit zusammenhängt, auf. Und weil ich mich zu diesem Programm bekenne, deshalb werde ich auch mit Beruhigung für den Antrag des Ausschusses stimmen. (*Lebhafter Beifall und Händeklatschen.*)

Vorsitzender: Das Wort hat der Herr Bundesrat Dr. Hartmann.

Bundesrat Dr. Hartmann: Hoher Bundesrat! Wir sind an einem gewissen vorläufigen Abschlußpunkt angekommen in dem Kampfe, der jetzt durch Wochen und Monate in Österreich tobt, im Parlament und in der Öffentlichkeit, und wir können sagen, daß das Resultat dieses Kampfes zunächst das ist, daß die Herren von dieser Seite sich als die absoluten Sieger fühlen und daß sie auch nicht übel Lust haben, das nicht nur der Öffentlichkeit, sondern auch im einzelnen merken zu lassen. Sie sind die Sieger; es fragt sich nur, ob es immer rühmlich ist, Sieger zu sein. Es handelt sich darum, wofür man siegt, und daß das, wofür Sie gesiegt haben oder gesiegt zu haben glauben, nicht das Rühmlichste ist, dafür den Beweis zu erbringen, könnte ich mich anheischig machen, dafür den Beweis zu erbringen, habe ich mich zum Worte gemeldet.

Es sind mit Ihnen gelaufen die vielen, die ängstlich sind, es sind mit Ihnen gelaufen die vielen, welche aus den verschiedensten Gründen Sozialistenhasser oder Sozialistenfürchter sind. Es sind die unzähligen Verblendeten mit Ihnen gelaufen, welche verblendet sind durch den Glanz des Goldes dieser 520 Millionen Goldkronen. Sie sehen das wie etwas Märchenhaftes vor sich; es ist das Märchenland, dem Sie zustreben und das aus diesem schädigen Kredit von 520 Millionen erwachsen soll. In Wahrheit sind uns goldene Fesseln angelegt worden, goldene Fesseln, welche, wie es im Märchen heißt, immer mehr aus Gold zu Eisen werden, so daß am Schluß die eisernen Fesseln, die schwer belastenden, da sind und das Gold verschwunden ist. Und wie im Märchen wird es auch hier gehen: Es kommt der große Ragenjammer, von dem schon von den verschiedensten Seiten gesprochen worden ist. Es kommt der Ragenjammer nicht nur wegen der schweren Lasten, welche dem Volke und gerade solchen Schultern, welche nicht übermäßige Lasten tragen

können, auferlegt wurden, sondern es wird auch ein noch größerer Kagenjammer dann kommen, wenn es sich herausstellt, daß dieser Sanierungsversuch nicht zum Ziele geführt hat, sondern wieder zu einem großen Prach führen wird, wo dann das Gold, wie gesagt, verschwunden ist und wir vor einer Situation stehen werden, die noch viel schwerer ist, als die jetzige. Die große Enttäuschung, die dann kommen wird, wird eine viel ärgere sein als die Begeisterung, mit der viele, welche nicht in diese Verträge eingedrungen sind und welche sich haben täuschen lassen, jetzt in den Kampf gezogen sind.

Im großen und ganzen kann man sagen, daß ein großer Gegensatz sich herausgestellt hat zwischen denen, welche eben absolut nicht zahlen wollen, denen, die höchstens eine Selbsthilfe in dem Sinne kennen, daß sie erwarten, daß man ihnen selbst helfen soll, und den anderen, welche bereit sind, Opfer zu bringen. Die Gegensätze haben sich in dem Moment aufgetan, als auf der einen Seite — von unserer Seite aus — auf Selbsthilfe gebrängt wurde, allerdings auf eine Selbsthilfe, von der man von vornherein nicht sagen kann, ob sie Monen hindurch gehalten hätte, aber eine Selbsthilfe, welche für einige Jahre uns gestattet hätte, mit Anstrengung unserer Kräfte tatsächlich zu leisten, was sich eben leisten ließ, und die Unabhängigkeit unseres Staates dabei zu wahren. Man hat es vorgezogen, die Unabhängigkeit unseres Staates um 520 Millionen Goldkronen zu verkaufen. Diesenigen, welche nicht zahlen wollen und welche privilegiert werden, daß sind diejenigen, denen gegenüber die berühmte Autorität unserer Regierung, die immer wiederkehrt — in den Verträgen und auch in den Worten der Regierung — nicht standhält. Das sind auf der einen Seite die großen Banken, auf der andern Seite die Agrarier, und ich muß sagen, daß ich finde, daß die Autorität des Herrn Bundeskanzlers wesentlich gelitten hat, als er auf die Vorstellungen der diversen Bauernbünde sich sofort zurückgezogen und den Agrariern das Privilegium der Steuerfreiheit oder der geringen Steuerzahlung zugestanden hat. *(Sehr richtig!)*

Wir haben ein selbstverleugnendes Angebot gestellt. Es gehörte wirklich sehr viel Selbstverleugnung dazu, wenn gewisse Reformen durchgeführt würden, dazu zu helfen, daß wir uns durch Selbsthilfe retten oder fortsetzen können. Diese Koalition ist abgelehnt worden und so standen einander gegenüber zwei große Lager, einerseits diejenigen, welche bereit waren, sich zu verkaufen, andererseits diejenigen, die sich gesagt haben, um keinen Preis die Selbstständigkeit und die Souveränität, um keinen Preis die Unabhängigkeit zu zerbieren an irgendwelche anderen Mächte, sondern durch eigene Arbeit zu versuchen, sich zu helfen.

Das große wirtschaftspolitische Problem, welches uns gestellt ist, ist die Frage, wie das Defizit der Produktion gegenüber der Konsumtion gedeckt werden soll. Über dieses Problem kommen wir nicht hinweg und sind wir nicht hinweggekommen. Über diese Frage, über dieses Problem führt uns auch der Vertrag von Genf nicht weiter, im Gegenteil, das Problem wird immer und immer wieder in etwas stärkerer Form auftauchen und alles das, was geschaffen wird, ohne dieses Problem in seiner Wurzel zu erfassen, alles das, was in dieser Beziehung geschehen wird, wird nur auf Sand gebaut sein und nur momentane Hilfe geben. Im Ausland und auch bei uns gibt es viele, die einfach sagen, die Konsumtion einschränken, das ist das einzige Mittel, das Produktionsdefizit beträgt so viele Milliarden, also, um so viel weniger muß konsumiert werden. Das ist sehr einfach gesagt; aber, wenn man die durchschnittliche Lebenshaltung etwa um ein Drittel oder die Hälfte heruntersetzen will, so verhungert eben der arme, davon betroffene Mann. Es erinnert mich das, an die Geschichte von dem viehbesitzenden Bauern, der ein Mittel ausfindig machen wollte, um seine Tiere am Leben zu erhalten, obwohl er ihnen keine Nahrung gab. Und als ihn ein Freund fragte, wie weit er schon mit seiner Kur gekommen sei, sagte er, es sei ihm ein Malheur passiert; gerade, als sich der Ochse das Fressen schon abgewöhnt hatte, da ist er gestorben. *(Heiterkeit.)* So behandelt man oder will man in gewissen Lagern unsere Bevölkerung behandeln und die gleiche Methode würde zu demselben Resultate führen.

Diese Gegensätze bestanden. Da ist nun der Herr Bundeskanzler auf Reisen gegangen und hat nun auf Reisen, sozusagen im Herumziehen, sein Gewerbe betrieben. Er wollte auf irgendeine Weise Rettung bringen, so wird uns gesagt, und er hat in außerordentlich kluger Weise diese Rettung, wie er sie eben verstanden hat und wie er sie durchführen wollte, vorbereitet durch die ersten Reisen, durch die Reise nach Verona und durch die Reise nach Genf. Eine der ersten Reisen, ich glaube, die zweite, war die Reise nach Berlin. Ich muß sagen, daß es an sich sehr erfreulich war, daß der jetzige Bundeskanzler sich daran erinnert hat, daß es in Berlin ein Volk und einen Staat gibt, mit dem wir befreundet sind und dessen Freundschaft wir noch mehr stärken wollen. Man hätte es nehmen können als einen Akt der Annäherung an Deutschland. Sieht man aber genauer zu, so erkennt man, daß diese Reise einen ganz anderen Zweck gehabt hat. Sie hat offenbar und deutlich den Zweck gehabt, den Herrn Bundeskanzler zu legitimieren, wenn er sich von Deutschland abwendet und seine Hilfe anderswo sucht. *(So ist es!)* In dem Moment, wo das Deutsche Reich durch die Reparationen

bedrängt und bedrängt war wie niemals vorher, in diesem Moment ist der Herr Bundeskanzler nach Berlin gefahren, ganz plötzlich, wie es scheint. Es ist mir erzählt worden, daß der österreichische Gesandte in Berlin gerade in Hamburg abwesend war und daß er telegraphisch hingerufen werden mußte. Ohne wesentliche Vorbereitung der deutschen Regierung ist er gekommen und hat nun gesagt, man möge Österreich helfen. Ich muß sagen, ich habe vor dem Verstand des Herrn Bundeskanzlers eine viel zu hohe Achtung, als daß ich nicht glauben würde, daß er die negative Antwort, welche ihm erteilt worden ist, vorausgesehen hat. (Zustimmung.) Ich glaube, daß er diese negative Antwort gebraucht hat, um sich zu legitimieren für das, was er jetzt weiter getan hat. (Zustimmung.) Daß er auf diese Weise dem Anschluß nicht gedient hat, das ist zweifellos. (Zustimmung.)

Ich will nur die Tatsachen zunächst einmal behandeln. Mit dieser negativen oder passiven Legitimation ist der Bundeskanzler dann weiter gefahren und hat in Verona zur Freude einiger italienischer Nationalisten — wie man dann wohl gesehen hat, keineswegs zur Freude der italienischen Regierung oder der Massen des italienischen Volkes — Österreich Italien angeboten in der Form einer Zollunion, die unbedingt zu einer Vorherrschaft Italiens geführt hätte. Dies wurde abgelehnt, wie es scheint, von Italien — ich bin ja im einzelnen nicht unterrichtet. Die Italiener lehnten ab, die Tschechen taten auch nichts und es wurde dem Herrn Bundeskanzler von verschiedenen Seiten nahegelegt, sich an den Völkerbund zu wenden. Er kam jetzt an den Völkerbund in der Situation, die er wünschte, derart — das war das eine Gute daran —, daß keines der einzelnen Völker, infolge der Eifersucht des einen gegen das andere, zuließ, daß eines allein die Oberhand in Österreich hätte, er selbst erschien vor dem Völkerbund als ein armer, kläglicher Mann, der sich eben nicht zu helfen wußte und den letzten Rettungsanker beim Völkerbund auswarf. Wenn nun dabei etwas Schönes herausgekommen wäre, so würde man dem Herrn Bundeskanzler gewiß keine Vorwürfe machen. Aber was ist eigentlich herausgekommen und auf welchen Grundlagen beruht es? Dieser Völkerbund war zunächst einmal kein unbefangener Richter. Die Vertreter der verschiedenen Delegationen waren vollständig einseitig informiert. Man sieht das aus jeder Zeile der Vorlagen, man sieht das aus der Beantwortung der Fragen, die durch das Finanzkomitee gestellt wurden. Sie waren so informiert, daß sie anzunehmen hatten, in Österreich herrsche ein Chaos, ein vollständiges Durcheinander, auf dieses Österreich sei in keiner Weise zu rechnen und vor allem andern müsse eine kräftige Autorität hergestellt werden. Als ich neulich im Ausschuß den Herrn

Bundeskanzler darauf aufmerksam machte und ihn auf die Stellen hinwies, aus denen man die Wiener Faktur ganz deutlich erkennen kann, gab das der Herr Bundeskanzler zu und sagte, die österreichischen Unterhändler hätten sehr viel damit zu tun gehabt, diese falschen Informationen zu bekämpfen. (Hört!) Von welcher Seite sind diese Informationen gekommen? Der Herr Bundeskanzler hat sie nicht gegeben, wie aus seinen Äußerungen hervorgeht, sie decken sich aber vollständig mit jenen Informationen, mit welchen die „Reichspost“ oder ähnliche Blätter in ihrem Haß gegen alle modernen Einrichtungen, die in Österreich getroffen worden sind, dem Ausland aufwarten, und der Herr Bundeskanzler darf es nicht übelnehmen, wenn man bei der großen Ähnlichkeit zwischen den Ansichten der „Reichspost“ und denen des Herrn Bundeskanzlers, bei der großen Ähnlichkeit auch in gewissen Wendungen, die sich namentlich in der letzten Zeit ein bißchen stark beim Herrn Bundeskanzler geäußert haben, nicht mehr gut zu differenzieren weiß, was vom Herrn Bundeskanzler kommt, was von der „Reichspost“. Jedenfalls sieht man aber, daß von einem Winkel Österreich Gefahren drohen, auf den man immer wieder hinweisen muß. Ich muß sagen, daß diese Informationen derart sind, daß sie mich an die großen Informationswellen erinnern, die hier aus gewissen Bankkreisen und gewissen Zeitungskreisen, aus gewissen aristokratischen Kreisen, aus gewissen klerikalen Kreisen im Jahre 1919 in das Ausland hinübergewandert sind, zu einer Zeit, wo sie uns ungeheuer geschadet haben, zu einer Zeit, wo sie eines der wesentlichsten Hindernisse dafür geworden sind, daß der Anschluß rasch gemacht wurde. Diese Informationen haben meiner Ansicht nach ungemein geschadet. Wenn unsere Delegierten gegen sie angekämpft haben, so war das löblich von ihnen und ihre Pflicht, aber sie haben es jedenfalls nicht zustande gebracht, daß nicht die Spuren dieser Information noch in jeder Zeile der Vorlagen sich vorfinden und nachweisen lassen, und ich muß sagen, daß, wenn die Informationen von anderer Seite gekommen sind, die Herren Delegierten ihr Werk, welches darin hätte bestehen sollen, den Boden gut vorzubereiten, nicht durchgeführt und hier den fremden Staaten gegenüber eine schwere Niederlage erlitten haben. Ich bitte Sie nur — ich habe schon gestern im Ausschuß darauf aufmerksam gemacht — vom dritten Protokoll den Abschnitt 7 zu lesen. Dieses Protokoll ist ein Vertrag zwischen den fremden Mächten und der österreichischen Regierung. Da heißt es (liest):

„Die österreichische Regierung wird alle Vor-sorgen zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung treffen.“

Ich sagte schon gestern dem Herrn Bundeskanzler, er solle mir irgendeinen Vertrag zwischen

verschiedenen Mächten zeigen, in welchem die Regierung eines Landes es auf sich nimmt, die Ordnung in ihrem Staate aufrechtzuerhalten. Das pflegt nämlich nicht vertragsmäßig mit fremden Vertragsgegnern ausgemacht zu werden, sondern im allgemeinen betrachtet man das als etwas Selbstverständliches. Aus einem solchen Satze sieht man sehr deutlich, daß unsere Vertragsgegner, die Ententeleute, der Ansicht sind, daß bei uns, wie gesagt, alles drunter und drüber geht, daß man sich sichern müsse, was gewiß unsere Stellung gegenüber dem Vertragsgegner sehr erschwert hat.

Die Verhandlungen haben weiter etwas anderes deutlich erwiesen. Sie haben nämlich deutlich erwiesen — ich habe das auch schon dem Herrn Bundeskanzler gestern gesagt —, daß der Herr Bundeskanzler seine Vollmachten entschieden überschritten hat. Wenn Sie nachlesen, was im Ausschusse für Äußeres am 31. August und dann wieder, wenn ich nicht irre, am 14. September beschlossen wurde, so lesen Sie in diesem, teilweise von Bauer, teilweise von Miklas stilisiertem Beschlusse folgendes (*liest*): „Der Ausschuss erklärt, daß die oberste Aufgabe der auswärtigen Politik ist und bleiben muß, die Selbständigkeit der Republik Österreich unverfehrt zu erhalten, zumal da das österreichische Volk derzeit in der Ausübung seines unveräußerlichen Selbstbestimmungsrechtes tatsächlich behindert ist.“ Nun frage ich Sie, ob Sie finden, daß in der Tat die auswärtige Politik des Herrn Bundeskanzlers sich in dieser Richtung bewegt hat oder ob er in dieser Beziehung Erfolge gehabt hat, Österreich, die Selbständigkeit der Republik Österreich unverfehrt zu erhalten. Das kann der größte Enthusiast für die Genfer Protokolle nicht behaupten, daß die Selbständigkeit der Republik unverfehrt erhalten worden ist. Man kann sich entschuldigen mit der Übermacht und mit, ich weiß nicht was für Dingen, mit dem Druck, der auf einen geübt worden ist, mit den schwierigen Umständen, mit der Kreditblockade, in der wir uns befanden, man kann versuchen, das alles geltendzumachen, aber die Behauptung, daß die Selbständigkeit der Republik Österreich in diesem Vertrage unverfehrt erhalten worden ist, ist wohl unhaltbar.

Was nun die Vollmachten des Bundeskanzlers angeht, so hat Kollege Hugelmann uns einen längeren Exkurs über die Vollmachten gebracht, welche eine englische Regierung oder eine englische Delegation hat, zum Beispiel das Kriegskabinet von Lloyd George oder dergleichen. Da muß ich schon sagen, meine Herren, wir sind nicht im Kriege und das macht einen wesentlichen Unterschied. Und noch eines: Ich bitte Sie, sich einmal vorzustellen, was das englische Parlament tun würde, wenn entgegen einem solchen Beschlusse, überhaupt

jemandem seiner Delegierten in den Kopf gekommen wäre, die Selbständigkeit des Königreichs England nicht unverfehrt zu erhalten! Das sind Gedanken, auf die ein englisches Parlament, seiner Kraft bewußt, ob nun Minorität oder Majorität, niemals kommen würde. (*Sehr richtig!*) Darin besteht die Stärke der Engländer, nicht darin, daß sie zu ihrer Stärke auch manchmal starke Delegationen, starke Mandatsübertragungen vornehmen. Mit englischen Verhältnissen, lieber Kollege Hugelmann, sind die Verhältnisse unter dem Bundeskanzler nicht zu vergleichen, wahrhaftig nicht zu vergleichen. (*Beifall.*) Ich will ihm nicht alle Schuld beimessen, es liegt manches bei uns im Staate Österreich, der par tout „selbständig“ oder „unabhängig“ erhalten werden soll, es liegt aber wohl auch an der Art und Weise der Regierung.

Diese Reisen haben ferner etwas als Ziel und als erreichtes Ziel ergeben, was der Herr Bundeskanzler schon früher angedeutet und als wünschenswert bezeichnet hat, nämlich die Finanzdiktatur — und er hat sich ja oft dazu bekannt, daß er das mit Rücksicht auf die Administration, die Verwaltung usw. als ein Ziel angesehen hat. Wir waren in dieser Beziehung immer anderer Ansicht und sind jetzt der Ansicht, daß diese Finanzdiktatur, die er heingebracht hat, seine Idee war, daß diese Finanzdiktatur zum großen Teil ihm zu verdanken ist, daß der Herr Bundeskanzler Seipel selbst ein bißchen für diese Finanzdiktatur geschwärmt hat, wobei ich nicht zweifeln will, daß er ein gewisses Entgegenkommen auch bei den Ententeländern gefunden hat. Aber der Herr Bundeskanzler weiß auch sehr gut — und ich brauche es ihm an wenigsten zu sagen, er ist ein viel zu erfahrener Mann —, daß eine Finanzdiktatur im modernen Staate die Diktatur überhaupt ist. (*So ist es!*) Wir können ja allerdings sagen, daß dieser Punkt einigermaßen abgeschwächt, daß diese Beschwerde durch unsere Opposition im Vollmachtsgesetz einigermaßen geändert worden ist, aber immerhin ist das Ganze für den Geist bezeichnend, welcher in diesem ganzen Vertrage weht.

Wenn wir nun den Text des Protokolls selbst ansehen, so besteht das erste Protokoll zunächst aus einer Erklärung der Mächte, daß sie die politische Unabhängigkeit, die territoriale Integrität und die Souveränität Österreichs achten werden. Eine Selbstverständlichkeit, sollte man meinen, besonders deshalb eine Selbstverständlichkeit, weil Österreich dem Völkerbund angehört und durch den Völkerbund, dem auch die anderen Staaten angehören, alle diese schönen Dinge, wie Selbständigkeit, Unabhängigkeit usw. schon garantiert sind, so, daß das nur eine Wiederholung der Garantie ist, welche dieselben Staaten schon gegeben haben. Wahrhaftig, keine Errungenschaft, auf die man sich berufen könnte, wenn man Sieger sein will! Keine Errungen-

schaft und ganz zweifellos ganz unwirksam. Ich glaube auch, daß die Sache in den Vertrag nicht hineingekommen ist, um uns entgegenzukommen, sondern vielmehr deshalb — wie auch der ganze erste Abschnitt deshalb angefügt worden ist — weil gegenseitig die verschiedenen Mächte aufeinander eifersüchtig waren und, statt stückweise dieses Österreich zu verzehren, ein Kartell gemacht haben, um in diesem Kartell Österreich gemeinsam zu dekapitieren.

Und dann ist der Abschnitt, der mit dem Artikel 88 des Friedens von Saint-Germain zu kombinieren ist und über den merkwürdigerweise in den Debatten bisher — soviel ich gesehen habe — noch sehr wenig die Rede war. Und doch ist dieser Artikel wiederum außerordentlich bezeichnend — auch darüber haben wir gestern im Ausschusse geredet. Herr Professor Hugelmann hat sich schon mit dieser Sache beschäftigt und hat den zweiten Absatz als unbedenklich betrachtet. Aber der erste Absatz der Erklärung der Regierung der Republik Österreich ist aus verschiedenen Gründen sehr bedenklich. Man muß sich doch von vornherein fragen: Warum wird in einem bestimmten Punkte der Wortlaut des Artikels 88 verändert? Warum wird da an die Stelle von „jeder Handlung“ noch ausdrücklich gesetzt, daß sich die Republik „jeder Verhandlung“ usw. zu enthalten habe, „welche geeignet wäre, diese Unabhängigkeit direkt oder indirekt zu beeinträchtigen?“ Warum wird es da genauer gesagt und spezifiziert: „jeder Verhandlung und jeder wirtschaftlichen oder finanziellen Bindung?“ Das ist das Plus. Kollege Hugelmann sagt: Das ist ganz gleichgültig, im Begriffe Handlung ist das schon enthalten. Aber, meine Herren, ich frage Sie nur: Warum ist gerade hier der Text verändert worden? Warum nimmt man den Artikel 88 des Vertrages von Saint-Germain wörtlich herüber und ändert an diesem Punkte? Nun, der Herr Minister des Äußern hat gestern versucht, die Sache zu begütigen, und meinte auch, die Sache habe keine große Bedeutung. Ich habe ihm gesagt, daß ich von vornherein glaube, daß diese unglaublich schlechte Stilisierung auch im übrigen des Artikels nur zurückzuführen ist auf ein Kompromiß, welches geschlossen worden ist, und dieses Kompromiß bestand, wie er selbst gesagt hat — er sagte nämlich, es hat einen harten Kampf gegeben — unter anderem darin, daß die Worte „gemäß dem Wortlaute des Artikels 88 des Vertrages von Saint-Germain“ eingefügt wurden, so daß es heißt: „verpflichtet sich gemäß dem Wortlaute des Artikels 88 des Vertrages von Saint-Germain, ihre Unabhängigkeit nicht aufzugeben.“ Durch die Berufung auf den Artikel 88 sollte bewirkt werden, daß man keine weiteren Bindungen übernehmen soll als die Bindungen, welche im Vertrage von Saint-Germain enthalten sind, also auch

die Lockerung dieser Bindung durch die Möglichkeit eines einstimmigen Beschlusses, welcher uns von dieser Verpflichtung entbindet. Diese Berufung auf den Artikel 88 steht aber ganz selbständig und dann kommt unabhängig davon: „Sie wird sich jeder Verhandlung und jeder wirtschaftlichen oder finanziellen Bindung enthalten, welche geeignet wäre...“ usw. Es ist also eine Hinzufügung und man kann nicht einmal loyalerweise behaupten, daß sich das „gemäß dem Wortlaute des Artikels 88 von Saint-Germain“ auf diesen zweiten Teil überhaupt bezieht. Es wäre auch nicht richtig, denn der Wortlaut ist ein anderer, ein geänderter, ein interpolierter. Darin liegt gewiß eine große Gefahr, es liegt darin eine Hemmung mehr, welche für den Anschluß, den wir doch wünschen und haben wollen, geschaffen worden ist; eine Hemmung mehr.

Die Regierung plädiert immer auf mildernde Umstände wegen der Schwierigkeiten der Verhandlungen in Genf auch bei diesem letzten Paragraphen. Aber es geht doch etwas über das erlaubte Maß von Schönfärberei hinaus, wenn der Minister des Äußern Grünberger sich neulich in der „Neuen Freien Presse“ äußerte und in einem Artikel von dem Vertrauensverhältnis sprach, das durch diesen Vertrag zwischen uns und den Mächten angebahnt werde. Ein Vertrauensverhältnis, das durch Hypotheken garantiert ist, durch Bürgen garantiert ist, welches schwere Lasten und eine scharfe Kontrolle dem anderen Lande auferlegt usw., usw., das nennt man in der Regel kein Vertrauensverhältnis, wie wenn ich einem Freunde 100 K leihe, sondern das nennt man ein schwer drückendes Schuldverhältnis (*Zustimmung*), garantiert durch all die Möglichkeiten, welche das Gesetz gibt. Ich glaube also nicht, daß dieser Artikel und besonders diese Bezeichnung als Vertrauensverhältnis zwischen uns und den Mächten irgend jemandem die Augen geöffnet hat; ich glaube, daß die meisten, wie ich, darüber gelächelt haben werden.

Die Herren hätten aber selbst in der Schweiz auch manches lernen können über die Auffassung der gesamten staatlichen Verhältnisse. Der Bundesrat der Schweiz hat bekanntlich neulich eine Botschaft erlassen, wonach er bereit ist, eine Summe von einer Anzahl von Millionen Österreich zu leihen. Er hat aber ausdrücklich darauf verzichtet, die Genfer Protokolle zu unterschreiben, und hat hinzugefügt, sosehr die Schweiz die Verpflichtung für Österreich begrüße, sich seiner Souveränität nicht zu entäußern, so widerspreche es doch der traditionellen Politik der Schweiz, von einem anderen Staate eine derartige Erklärung entgegenzunehmen. (*Beifall.*) Auch werde die Schweiz an der Kontrollaktion nicht teilnehmen. Ein Blatt, welches nicht sozialdemokratisch ist, sondern deutsch-völkisch, soviel ich weiß, hat darauf mit Recht

geschrieben: es ist eine Ohrfeige für die Entente und keine Schmeichelei für uns. *(Zustimmung.)* Ja, es ist keine Schmeichelei für uns, es fragt sich aber, wer „wir“ sind, und ich möchte da auf die Herren von der rechten Seite aufmerksam machen und auch auf unsere gegenwärtige Regierung, welche diese Ohrfeige von der Schweiz bekommen haben. Wir fühlen uns nicht getroffen von dieser Ohrfeige. Es ist da gesagt, was man in einem demokratischen Lande wirklich meint, was die Ansicht eines jeden echten Demokraten sein muß und was von den Herren vernachlässigt und nicht beobachtet worden ist, welche diesen unglücklichen Vertrag, diese Protokolle unterschrieben haben.

Wir haben das nicht verhindern können. Es hat der Herr Bundeskanzler erst vorgestern außerordentlich scharf unterstrichen, daß wir eben die Minderheit sind, so eine *quantité négligeable*. Ich glaube nicht, daß zum Beispiel im englischen Parlament solche Äußerungen von der Regierungstribüne fallen würden. *(Zwischenrufe.)* Er hat uns etwas von oben herab behandelt, wie mir scheint. Ob er ein Recht dazu hat, weiß ich nicht, das wird erst die Zukunft, die weitere Entwicklung lehren. Ein vorzeitiges Triumphgeschrei wäre wohl nicht am Platz. Aber wenn wir schon Minderheit sind, so muß man uns nicht in der Öffentlichkeit vorwerfen: Warum habt ihr die Sache nicht verhindert? Wir haben keine unparlamentarischen Mittel gebraucht, weil unparlamentarische Mittel, Obstruktion und dergleichen, nach unserer Auffassung nur in gewissen Fällen erlaubt und in der Demokratie mit Maß anzuwenden sind. *(Sehr richtig!)* Ich will nicht sagen, daß niemals die Zeit kommen kann, wo wir auch eine Obstruktion machen würden. Aber wir, die Minderheit, haben das Zustandekommen dieses Wertes nicht verhindert, und deshalb sind wir ja diese *minorité négligeable*. *(Zwischenrufe.)*

Als Ganzes erscheint uns dieser Vertrag durchaus unmöglich, wenn wir auch zugeben müssen und gern zugeben werden, daß wir als Opposition auch der Pflicht der Opposition nachgekommen sind, da, wo sie es kann, zu verbessern, und daß wir tatsächlich einen der Giftzähne halbwegs haben ausbrechen können, der in dieser Finanzdiktatur und in diesem Vollmachtseße vorhanden war. *(So ist es!)* Wir schämen uns dessen nicht, sondern wir buchen uns das als einen Erfolg, ohne übermütig zu sein und in dem vollen Bewußtsein, daß das übrige Gesetz noch derart ist, daß es eben für jeden aufrechten deutschösterreichischen Staatsbürger absolut unannehmbar ist. *(Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)*

Im übrigen sehen wir alle diese Vorgänge als ein Kapitel der gesamten Entwicklung an, in die wir alle hineingestellt sind. Wir sehen, daß jetzt von überall eine reaktionäre Welle kommt, aus allen Ländern, und wir merken, daß wir in Österreich

uns ihr nicht entziehen können. Aber wir lassen uns dadurch nicht beugen und nicht bange machen, denn auch diese Reaktion ist ein Teil von jener Kraft, die stets das Böse will und stets das Gute schafft. *(Sehr gut! — Bundesrat Birbaumer: Oder umgekehrt!)* Umgekehrt finden Sie? Wie Sie wollen; ich werde sagen, in welchem Sinn ich es meine. Das Gute schafft, obwohl sie das Böse will: Das Böse wollen Sie, die Sie Österreich verknechten, das Böse wollen Sie, die Sie die Sozialpolitik zurückdrängen wollen, wo es geht, das Böse wollen Sie, indem Sie die Lasten auf die Schultern der Schwachen überwälzen und so weiter. Das Gute aber, das Sie tun, ist, daß Sie uns wachsam machen, uns immer mehr dazu anstacheln, die Kritik an dem Regime, welches jetzt in Österreich herrscht, in die breite Menge hineinzutragen, durch Belehrung und Aufklärung zu wirken und der Masse die Dinge zu zeigen, wie sie wirklich sind, wie sie geworden sind, wie sie gewesen sind und wie sie sein sollen. *(Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)* Das Zweite, wozu Sie uns anstacheln und wodurch Sie indirekt das Gute machen, ist, daß wir nun mit noch größerem Eifer unsere Aufgabe pflegen werden und pflegen müssen, zu organisieren. Je besser und größer die Organisation einer Partei, desto weniger wird sie als *quantité négligeable* betrachtet, desto weniger wird man ihr mit der Zeit vorwerfen, daß sie ja doch nur eine Minorität ist. *(Bundesrat Birbaumer: Auf die Partei kommt es Ihnen an, nicht auf das Volk! — Lebhaftes Zwischenrufe.)* Aber lieber Herr Kollege, strengen Sie sich nicht an. *(Lebhaftes Zwischenrufe.)* Das ist ein Schlagwort mit der Partei und mit dem Volke, denn die Partei ist ein Stück des Volkes und die Partei drückt nur gewisse Strömungen im Volke aus, wenn sie eine ernsthafte Partei ist, Strömungen, welche tief verankert sind im Menschen und welche irgendeine Kulturströmung ausdrücken. Man schimpfe nicht über die Partei. Wir stehen schon lange nicht mehr auf dem Standpunkte von dem Dichter, der nicht auf der Zinne der Partei steht. *(Bundesrat Birbaumer: Auf dem Klassenstandpunkte!)* Auf dem Klassenstandpunkte, weil wir eine vorwärtsdrängende Klasse sind und weil wir diejenigen sein werden, welche in der Zukunft siegen werden und in der Zukunft einen Staat herstellen werden, wie wir hoffen — Sie brauchen nicht daran zu glauben — der Befriedigung für die Menschheit bietet. Wenn wir Klassenkämpfer sind, sind wir Klassenkämpfer für die Menschheit. *(Bundesrat Birbaumer: Gegen das Volk!)* Menschheit und Volk stehen einander nicht gegenüber. Das Volk ist ein Teil der Menschheit, das sollten sogar Sie wissen, Herr Kollege Birbaumer. Wir wollen eben, daß unser Volk sich entwickle im Sinne der Menschheitsentwicklung, im Sinne der Kultur.

Wir werden also unsere Waffen schärfen, Kritik, Organisation und was sonst dazugehört. Wir werden unsere Waffen schärfen, um anzukämpfen gegen diese drohende Reaktion. Je mehr sie droht, je stärker sie wird, desto stärker werden auch wir werden. Wir rechnen damit, daß viele, die heute noch nicht aufgeklärt sind, zu unseren Fahnen stoßen werden. Heute steht die Sache so, daß, weil wir bis zu einem hohen Grade unterlegen sind, weil Sie die Sieger sind, dem Volk eine Kostur auferlegt wird, von der man nur wünschen kann, daß es sie gut übersteht. Aber diese Kostur wird zu Erkenntnissen führen, welche auch unsere besten Predigten das Volk nicht gelehrt hätten, zu Erkenntnissen, welche für das Volk notwendig sind, welches ja ein Teil der Menschheit ist, von der Sie nichts wissen wollen. Es ist heute nicht Mode, in der Tagespolitik von den Entwicklungszielen der Menschheit zu sprechen, und doch sollten wir uns alle an ihnen orientieren. Sicherlich ist der endgültige Sieger, welcher den Zielen zustrebt, die in der Tat die Ziele der Zukunft sind.

Die Entscheidung ist noch nicht gefallen und fällt eigentlich nie. Aber es gibt einen gewissen Fortschritt in der Entwicklung, dem man sich anpaßt und mit dem man vorwärtsschreitet oder nicht. Wenn man es nicht tut, so kommt man unter das Rad der Geschichte und ist von ihr verdammt.

Aber um Staatskunst, um Politik zu betreiben, dazu bedarf es zunächst eines Staates, und damit dieser Staat sich auswirken kann, dazu braucht er seine Unabhängigkeit, seine Selbständigkeit und vor allem sein Selbstbestimmungsrecht. Deshalb ist es natürlich die oberste Aufgabe jeder Politik, diese Grundlage den politischen Bewegungen dieses Landes nicht zu entziehen. Das soll aber geschehen durch den unglücklichen Vertrag, der uns hier vorgelegt wird. Nur ein souveränes Volk kann sich eben kraft der Souveränität erhalten, kann in politischer Beziehung vorwärtsdrängen. Nur einem souveränen Volke kann es gut ergehen. Wehe dem, der diese Souveränität verrät!

Es ist über das Wort „Hochverrat“ ja viel geredet worden. Es handelt sich nicht um den kriminalistischen Begriff des Hochverrates und auch Herr Kollege Hugelmann hat es nicht notwendig, mich in dieser Beziehung zu widerlegen. Aber es handelt sich darum, daß vor der Geschichte und ihrem Tribunal, welches ein höheres Gericht ist als die hiesigen oder europäischen Gerichte, derjenige einen Verrat begeht, der die Souveränität des Volkes und seine Unabhängigkeit in irgendeiner Beziehung kürzt. (Zustimmung.) Und das ist der Vorwurf, den ich vor allem dem Vertrag zu machen habe. Wir alle sind verpflichtet, soweit es geht, dazu beizutragen, daß das Selbstbestimmungsrecht des Volkes aufrechterhalten und ausgeübt wird. (Bundes-

rat Dr. Hugelmann: Soweit es geht!) Natürlich, weiter, als es geht, geht es eben nicht. (Heiterkeit.) Aber das muß das Ziel sein, dem wir zustreben, nach dem hin wir uns bewegen. Und jedenfalls sind wir verpflichtet, nichts zu tun, was uns Steine auf diesen Weg wirft, und keine Verträge abzuschließen, welche Hemmungen auf diesem Wege sind. Einer resignierten Erklärung, die ich neulich gelesen habe, daß das Ziel, welches wir erreichen wollen, in dieser Generation gar nicht mehr erreicht werden kann, kann ich mich nicht anschließen. Wenn ich einen Spruch des alten Hegel variiert zitieren darf, so möchte ich sagen: Österreich ist eben der gesetzte Widerspruch, daß es ein Staat ist, aber nicht sein soll. Es existiert tatsächlich, soll aber nicht sein, ist nicht vernunftgemäß; es ist sozusagen ein Kind der Laune der Herren in Saint-Germain.

Unsere historische Pflicht ist es aber, Großdeutschland zu seinem Rechte zu verhelfen, unsere historische Pflicht ist es, dieses Großdeutschland, das das Streben unserer Vorfahren und die Hoffnung und Erwartung von uns selbst gewesen ist und noch ist, tatsächlich zu konstituieren. Sie aber, meine Herren, haben diesen großdeutschen Gedanken, nach dem Sie sich nennen, haben dieses Großdeutschland, haben den Weg dazu, soweit er noch frei war, um 520 Millionen verkauft. Sie haben geglaubt, es so tun zu müssen; Sie dürfen sich aber nicht verhehlen, was für eine schwere Verantwortung Sie auf sich genommen haben. Es handelt sich nicht nur um zwei Jahre und nicht nur um den Paragraphen — wenn auch gerade Kollege Hugelmann von Paragraphen nicht viel hält —, sondern es handelt sich um die 20jährigen Bindungen, welche tatsächlich durch diesen Vertrag uns auferlegt werden, Bindungen, welche sehr schwer zu zerreißen sein werden. Verkaufen Sie diese Unabhängigkeit und Souveränität, verkaufen Sie den Gedanken, von dem Österreich allein leben kann, nicht um 30 Silberlinge!

Ob der Herr Prälat Seipel dieses Sehnen des deutschen Volkes nach der Einheit, unser Sehnen nach dem Anschluß an Deutschland wirklich mitempfinden kann, das ist mir — ich gestehe es — nach seiner Vorbildung und nach seiner Vorgeschichte außerordentlich zweifelhaft. Es scheint mir, daß er einer von den wenigen Altösterreichern ist, die noch existieren, die aus Pietät und ihrem ganzen Wesen nach noch an diesem alten Österreich hängen. Ich sage „Altösterreich“, weil ich das geschäftige Wort „Habsburger“ nicht ausdrücklich aussprechen will. Aber wenn das Denken in dieser Weise orientiert ist, durch die verschiedensten Einwirkungen altösterreichisch orientiert ist, dann ergibt sich ein innerer Widerstand, der nicht zu überwinden ist. Der Herr Bundeskanzler ist ein viel zu guter Taktiker, als daß er hinausstreten und

sagen würde: Ich bin ein Gegner des Anschlusses. Daß er es gewesen ist, haben wir alle gewußt. Heute hält er sich vorsichtig und er ist viel zu klug, um nicht zu wissen, daß er, wenn er sich als Anschlußgegner offen deklarieren würde, den Boden unter den Füßen vollständig verlieren würde. *(Zwischenrufe.)* Ein Mann, der in den Winkeln seines Herzens immer noch diese Sympathie hat, der immer noch von diesem Zentrum aus sozusagen fühlt und die staatlichen Verhältnisse ansieht, ein solcher Mann scheint mir nicht derjenige zu sein, der imstande ist, den Anschlußgedanken wirksam zu vertreten oder zu verteidigen, und wenn er es getan haben sollte, was ich nicht weiß, in den Verhandlungen und Kompromißverhandlungen in Genf hat er es gewiß *contre coeur* getan und es muß ein innerer Widerstand in ihm gewesen sein, wenn er verpflichtet war, dafür zu kämpfen. Bekanntlich wird, wenn man nicht mit dem Herzen bei einer Sache ist, der Widerstand auch schwächer, es wird die Tatkraft gelähmt, und ich möchte glauben, daß psychologisch im Unterbewußtsein diese Anhänglichkeit an das alte Habsburgerreich so stark ist, daß diese Lähmung auch nach außen hin ziemlich deutlich hervorgetreten sein mag.

Der Mann, dem unsere Vertretung anvertraut war, war jedenfalls nicht der Mann, der geeignet gewesen wäre, deutsche Politik zu machen, denn deutsche Politik ist der Gegensatz von habsburgischer Politik, deutsche Politik ist das, was das Volk will und was jetzt immer weniger erfüllt wird. Denn sichtlich rückt die ganze Rechte dieses Hauses und des andern Hauses immer mehr vom Anschlußgedanken ab, bis er dann irgendwo in einer Rüstkammer verschwindet, in die man nur noch selten Zutritt hat, die man nur noch selten benutzt. Wir aber, wir gestehen es, wir lassen unseren Blick in die Zukunft schweifen und über die Grenzen hinaus nach Deutschland, in dessen Vereinigung wir unsere Zukunft sehen und unsere Hoffnung. Wenn wir das tun als eine Minorität, so wissen wir doch, daß wir im Namen des ganzen Volkes sprechen, wenn wir zu den Deutschen sagen und den deutschen Brüdern zurufen: Trotz alledem und alledem, wir kommen zu euch, wir werden zu euch kommen und mit euch beisammen sein, uns nicht trennen lassen durch äußere Politik und dergleichen Firtelanz, sondern wir werden Volkspolitik machen, bis wir das Ziel erreichen, und wenn die Welt voll Teufel wär. *(Lebhafter, langanhaltender Beifall und Händeklatschen.)*

Vorsitzender: Das Wort hat Herr Bundesrat Birbaumer.

Bundesrat Birbaumer: Hohes Haus! Der verehrte Herr Vorredner glaubte behaupten zu

müssen, daß durch die Genfer Beschlüsse die Unabhängigkeit Österreichs und damit das fernere Schicksal dieses Staates um 520 Millionen Goldkronen von der Mehrheit verkauft würde. Es ist dies eine schöne Redensart, allein sie hat, wie jedes Ding, zwei Seiten, und die andere Seite, die nicht besprochen worden ist, würde lauten, daß die nicht verkaufte — vorausgesetzt, daß dieses Wort zuträfe — Unabhängigkeit, die Unabhängigkeit des Glucks, des Hungers und des sicheren Unterganges auch reiflich überlegt werden müßte. Mit einem Wort, es wurde mit diesem Ausdrucke versucht, Stimmung zu machen gegen die Genfer Beschlüsse, ohne daß ein tatsächlicher Beweis erbracht worden wäre. Ich meine, daß die Verantwortung für jeden, der seine Stimme abzugeben hat, für oder gegen die Genferbeschlüsse, eine ungeheure ist, die mit einigen leicht zu findenden Phrasen nicht abgetan werden kann. Um Phrasen kann ja ein so hochgebildeter Mann, wie es der verehrte Herr Vorredner ist, nicht verlegen sein. *(Zwischenrufe.)* Aber wenn es sich um die nackte Frage des Lebens eines Staates und eines Volkes handelt, dann genügen diese bloßen Redensarten eben nicht. *(Zwischenrufe.)* Denken wir nur um einige Monate zurück *(Zwischenrufe.)*, an die ernste Lage unseres Staates, die durch keine mehr- oder minderwertigen Zwischenrufe verdeckt werden kann, an die Lage unseres Staates Ende August und anfangs September, wo wir faktisch vor dem sicheren Einmarsch unserer Gegner standen, wenn sich die Entwicklung in Österreich auf dieser Bahn fortbewegt hätte. Das wird der allweise Herr Bundesrat Klein wohl auch nicht wegleugnen können. Wir standen vor der Gefahr des Einmarsches. Und wissen Sie, verehrter Herr Bundesrat, welche Folgen sich an diesen Einmarsch unserer Nachbarmächte geknüpft hätten? Wollen Sie nicht gefälligst auch darüber nachdenken? Bedenken Sie wohl, daß sich an diesen Einmarsch die Kriegesurie geknüpft hätte, die Sie so sehr verdämmen und so sehr bekämpfen. Bedenken Sie, daß Österreich zum Kriegsschauplatz geworden wäre, daß unsere Bevölkerung den bitteren Kelch des Leidens bis zur Reige hätten leeren müssen. Ist es also nicht eine bloße Phrase . . . *(Gelächter.)* — Ihr Gelächter wird das nicht aus der Welt schaffen können . . . , daß man diese Frage: Genf oder nicht . . . *(Bundesrat Klein: Lana oder nicht!)* — Ich komme auch noch auf Lana zu sprechen, da werden Sie Ihren Teil bekommen . . . nicht bloß mit Worten abtun kann, sondern daß die Verantwortung, die jeder Abstimmende in sich tragen muß, eine ungeheure ist.

Wir schätzen gewiß die Gegenargumente, die von Ihrer Seite fallen, Sie haben es ja selbst im Verlauf der Verhandlungen erfahren, daß diese Argumente eingeschätzt werden, aber Sie müssen

das auch Ihrerseits tun und nicht von Verrat und dergleichen sprechen, wo die beste, die heiligste Überzeugung Platz greift, daß eben dieses Werk die letzte Möglichkeit ist. *(Beifall. — Bundesrat Klein: Der Applaus charakterisiert Sie mehr als alles Andere!)* Sie werden mich nicht verlocken, zu Ihnen herabzusteigen. *(Erneuter Beifall.)* Wir müssen bedenken, daß wir in der Zeit nach dem Umsturz tatsächlich nur von unseren Ersparnissen aus früherer Zeit gelebt haben. Diese Ersparnisse sind — wir müssen es frei bekennen — in einer geradezu unglaublichen Weise aufgebraucht, wenn nicht verschleudert worden. So kamen wir auf den Punkt, wo wir uns sagen mußten: wir sind im Elend, es handelt sich jetzt um Sein oder Nichtsein, es muß etwas geschehen, um diesen unerträglichen Zustand zu beseitigen, um die große Gefahr der Aufteilung des Staates hintanzuhalten. Da ist es meines Erachtens nur die Wahl zwischen zwei Übeln, in der wir mit dem Genfer Werk die Entscheidung treffen. Das eine, das größere Übel ist, wie ich schon andeutete, der Einmarsch, die Kriegsfurie auf unserem Staatsgebiete, das Elend bis zur letzten Konsequenz. Das andere, unserem Ermessen nach das kleinere Übel, ist die Annahme dieser Genfer Beschlüsse, die uns wenigstens die Möglichkeit geben, unseren Staatshaushalt zu sanieren.

Ich bin mir vollständig klar darüber, daß die Sanierung unseres Staatshaushaltes und die Sanierung unserer Volkswirtschaft zweierlei Dinge sind. Ich gebe Ihnen offen zu, daß wir auch von diesem Genfer Werk eine Sanierung unserer Volkswirtschaft nicht erwarten und nicht erwarten können; wir sind um kein Haar breit von unserer Meinung abgewichen, daß dieser Staat für die Dauer nicht lebensfähig ist. Die Anschlußfreundlichkeit und die Anschlußfreudigkeit des verehrten Herrn Vorredners in Ehren; wer würde daran zweifeln? Aber es kann auch von seiner Seite nicht behauptet werden, daß in diesem Augenblick oder in der nächsten Zeit der Gedanke in die Tat umgesetzt werden könnte. Er selbst wird erfahren haben — denn die Informationen seiner Partei sind bei derartigen Dingen immer glänzende — was für Andeutungen in Berlin auf die Vorstellungen des Bundeskanzlers Dr. Seipel gemacht wurden. *(Zwischenrufe.)* Ich kann ja offen davon reden, es ist kein Geheimnis: es ist, so versicherte man, derzeit unmöglich, den Anschluß durchzuführen. Das muß schließlich auch jedes Kind einsehen. Denn der Anschluß, ob er von uns oder vom Reiche betrieben wird, wäre für das Deutsche Reich die Kriegserklärung Deutschlands an Frankreich oder umgekehrt und ein Deutschland in seiner heutigen Verfassung, in seiner heutigen Verelendung und in seiner Wehrlosigkeit, in einem Krieg mit Frankreich verwickelt, das wäre doch sein tatsächlicher Untergang. Ich meine also, verehrter Herr

Kollege Dr. Hartmann, in dieser Frage muß doch auch ein wenig mit kühler Verstandespolitik und nicht nur mit dem Herzen vorgegangen werden.

Lassen Sie mich der Wahrheit und der Tatsache gemäß feststellen, daß meine Partei nach wie vor trotz Ihrer Gegnerschaft und trotz Ihrer ziemlich ausgiebigen und heftigen Vorwürfe auf ihrem Programmpunkte des Anschlusses an das Deutsche Reich beharrt und daß durch diesen Beschluß an diesem Programmpunkte nicht ein Jota geändert wird. Aber wir wollen Zeit gewinnen. Wir sagen, daß es jetzt unsere Pflicht ist, um nicht über unseren Staat das Elend und über Deutschland das Ende heraufzubeschwören, uns über die bitterste, schwerste Zeit hinwegzuhelfen, um in einer für uns besseren Zeit um so energischer an die Verwirklichung dieses Gedankens schreiten zu können. *(Ruf: Das wird niemand für Ernst nehmen!)*

Machen Sie doch den Anschluß, führen Sie ihn durch, aber sagen Sie mir, wie! *(Zwischenrufe.)*

Wir sind sofort bereit, jetzt den Anschluß zu machen, wenn Sie uns positiv sagen: wie. Das können Sie nicht, daher ist Ihre Aufregung eine bloße Demagogie. Ich verstehe überhaupt nicht, wie gegen die Genfer Beschlüsse, die doch nichts anderes bezwecken, als die Möglichkeit der Sanierung des Haushaltes herbeizuführen, auf so vehemente Weise Sturm gelaufen werden kann. Sie können es nicht bestreiten, daß Sie den Kampf gegen Genf in einer Weise geführt haben, der von der, die Herr Bundesrat Dr. Hartmann hier vertreten hat, aber schon sehr weit abweicht. Der Kampf in der Öffentlichkeit — ich spreche gar nicht von dem Kampf im Nationalrat — der von Ihrer Seite geführt worden ist, ließ sehr viel an Formen zu wünschen übrig. Sie selbst vertreten den demokratischen Staat und in einem demokratischen Staate muß der Grundsatz gelten: freie Bahn dem Tüchtigen! Wie können Sie das damit in Übereinstimmung bringen, daß Sie in jeder Nummer Ihrer Parteizeitung von der Prälatenregierung, von der Pfaffenregierung sprechen. . . *(Bundesrat Hafner: Sie sind ein politischer Tanzlehrer!)* — Herr Kollege, schänden Sie nicht Ihren eigenen Stand — woraus also hervorgeht, daß Sie den Priester, der an der Spitze der Regierung steht, als solchen bekämpfen, ihn bekämpfen, weil er einem Stand angehört, der Ihnen nicht angenehm ist. Sie wissen, daß wir nicht der Partei des Herrn Bundeskanzlers angehören. Aber ich stehe nicht an, hier zu sagen, daß sich der Herr Bundeskanzler Dr. Seipel, trotzdem er unser Parteigegner ist, in Genf und in Prag mannhaft benommen hat. *(Lebhafter Beifall.)* Er hat dort ganz anders gesprochen, als ein früherer Staatskanzler es in Paris getan hat. *(Beifall.)* Ich kann ganz offen noch hinzufügen, daß uns ein Priester deswegen, weil er eben ein Deutscher ist, noch

zehn- und hundertmal lieber ist als irgendein eingewanderter Rassenfremder, der vielleicht Ihre Parteiführer ist. *(Beifall.)*

Wenn Sie scharfe Kritik an dem Genfer Werk üben, dann muß von Ihnen verlangt werden, daß Sie sagen, was sonst an seine Stelle zu setzen ist. Wenn Sie bloß herkommen und unfruchtbare Kritik üben und sagen, das ist schlecht, so ist das ein Kampf, der nicht anständig genannt werden kann. Sie müssen unbedingt sagen, was Sie an die Stelle dieses Werkes setzen.

Es ist richtig, Sie haben einen Vorschlag gemacht — der Herr Bundesrat Dr. Hartmann hat darauf verwiesen — wir wissen, es ist der Finanzvorschlag des Nationalrates Dr. Bauer und er hat ihn auch gekennzeichnet durch das Wort „Selbsthilfe“. Ja, meine Herren, untersuchen wir, wie es mit diesem Vorschlage der Selbsthilfe steht. Lassen Sie mich daran erinnern, daß derjenige Mann, der in Ihren Augen vor einiger Zeit den Ruf eines ganz bedeutenden Finanzpolitikers besessen hat, heute bereits abgerückt ist, daß Herr Doktor Stölper, auf dessen Meinung der Finanzplan des Nationalrates Dr. Bauer aufgebaut ist, bekanntlich bereits den Rückzug angetreten und das sinkende Schiff verlassen hat. Es ist in diesem Vorschlage — das können Sie wohl nicht bestreiten — selbst vorausgesetzt, daß es möglich wäre, aus uns den Betrag von 650 Millionen Goldkronen herauszupressen, aber nicht die Gewähr geboten, unsere Krone, unseren Geldwert zu stabilisieren und darauf kommt es doch an. Die Wirtschaft, die wir bisher betrieben haben, gibt uns durchaus keine Sicherheit, daß wir selbst nach Aufbringung dieses notwendigen Betrages unseren Geldwert stabil machen könnten. Wir müssen vielmehr fürchten, daß wir unter dem Druck der Straße so fortwirtschaften würden wie bisher und die Krone ihre rasende Bewegung nach abwärts noch weiter betätigen würde. Den großen Erfolg, das ist die Stabilisierung des Geldwertes, würde also die Selbsthilfe nicht bringen können. Dieser neue Betrag wäre wieder in ein Faß ohne Boden hineingeleert und alle jene üblen Folgen, die wir ohne das Rettungswerk erwarten mußten, würden eintreten, wir ständen wieder vielleicht nach einer etwas längeren oder kürzeren Zeit vor dem sicheren Bankrott und Untergang. Darauf aber kommt es doch an, daß unsere Wirtschaft in feste und gesunde Bahnen gelenkt wird; es muß doch der einzelne in seinem Haushalte sowohl als auch der Unternehmer wieder in die Lage gebracht werden, kalkulieren zu können, es muß der einzelne wieder das Gefühl haben, daß das, was er sich erspart und zurückgelegt hat, nicht in drei bis vier Wochen entwertet ist, so daß er darauf verzichtet, zu sparen. Ich muß es in einer gewissen Hinsicht zum Teil begreiflich finden, daß eine derartig maß-

lose Verschwendungssucht in gewissen Kreisen Platz greift, weil sich jeder denkt, es hat ohnedies keinen Wert, wenn man etwas aufbewahrt und zusammenspart, ich mache mir lieber einige angenehme Stunden. Ich meine, in gewissem Sinne ist diese Erscheinung menschlich begreiflich. Darauf darf man aber nicht bauen, man muß daran denken, feste, gesunde Grundlagen zu schaffen, die derartiges unmöglich machen; der einzelne Mensch muß wieder Interesse an seinem Leben und Interesse am Sparen haben, das Leben, das jetzt bei uns herrschte, war ja nicht mehr lebenswert. *(Zwischenrufe.)*

Wenn Sie darüber Witze machen und lachen können, so ist das jedenfalls Ihren Anschauungen angepaßt, ich verstehe das einfach nicht. Wir meinen es doch sicher ernst, wenn wir mit diesem Rettungswerk eine feste, gesunde Basis für unsere Staatswirtschaft wieder zu schaffen glauben, und das sollten Sie uns gerechterweise zubilligen. Sie antworten aber statt dessen mit allen möglichen schweren Vorwürfen, die zu beweisen Sie nicht in der Lage sind.

Wir haben aber in die Öffentlichkeit hinausgeschaut und gefunden, daß die große Mehrheit der Bevölkerung nicht mit Ihnen geht. Wir haben gesehen, daß die große Mehrheit der Bevölkerung das Genfer Werk versteht und bereit ist, die schweren Opfer, die es ihr bringt, auf sich zu nehmen, weil die Bevölkerung weiß, daß sie diese Opfer nicht umsonst bringt. Sie würde diese Opfer vielleicht bei einem andern Rettungsvorschlage, der aus Ihrer Mitte käme, nicht mit dieser Hoffnung auf sich nehmen können. Weil aber die Bevölkerung hofft, daß das doch der Weg sein wird, unser Elend zu beseitigen, ist sie auch bereit, die Opfer zu tragen.

Verzeihen Sie mir, ich möchte durchaus nicht den Eindruck erwecken, als wollte ich das Niveau unserer Verhandlungen herabdrücken, aber ich kann nicht anders, ich muß an dem Ernste Ihres Kampfes gegen das Genfer Werk zweifeln, wenn wir die Reden Ihrer Vertreter, und zwar Ihrer hervorragendsten Vertreter verfolgen, wenn ich sehe, was zum Beispiel der frühere Staatskanzler Dr. Renner und sein Kollege Abgeordneter Dr. Bauer zum Rettungswerke sagen. Gestatten Sie mir, daran zu erinnern, daß in der Verhandlung im Nationalrat am 12. Oktober — ich lese hier einen Bericht der „Arbeiter-Zeitung“ vom 13. Oktober — Abgeordneter Dr. Renner zum Reformprogramm erklärte *(liest)*: „Nach dem Reformprogramm soll innerhalb zwei Jahren das vollständige Gleichgewicht im Staatshaushalte hergestellt werden. Ist es überhaupt denkbar, daß wir innerhalb zwei Jahren das Gleichgewicht herstellen? Wir, das allerärmste Volk, sollen in zwei Jahren unseren Staatshaushalt sanieren können?“ Und meine Verehrten, zwei Tage später erklärt der

Parteiführer Dr. Bauer, wieder laut Bericht der „Arbeiter-Zeitung“ vom 15. Oktober, am sozialdemokratischen Parteitag über sein Finanzprogramm, daß es innerhalb acht Monaten unser Gleichgewicht herstellen wird. *(Zwischenrufe.)* Bitte, erklären Sie mir jetzt, wie man glauben kann, . . . *(Ruf: Das ist ein großes Mißverständnis!)* Das kann kein Mißverständnis sein, das ist so klar und deutlich ausgedrückt, daß Sie es durch gar kein Argument überbrücken können, daß Sie es durch kein Argument beseitigen können. Es ist sehr leicht gesagt, es sei ein Mißverständnis; bitte, kommen Sie und klären Sie mir dieses Mißverständnis doch auf. Ich kann nur das annehmen, was gesagt worden ist. Wie gesagt, ich glaube, daß es daher berechtigt ist, wenn man derartige Argumente nebeneinander stellt, zu sagen, daß an den Ernst Ihres Kampfes nicht recht zu glauben ist.

Nun aber bedenken Sie ferner, welche Stellung Ihre Parteigenossen, die deutschen Sozialdemokraten in der Tschecho-Slowakei, eingenommen haben. Es dürfte Ihnen doch nicht unbekannt sein, daß Ihre Parteigenossen in der Tschecho-Slowakei für das Genfer Werk gestimmt haben. Wie erklären Sie diesen Zwiespalt der Natur? *(Bundesrat Klein: Weil das die Tschecho-Slowakei ist, die nicht unter eine fremde Kontrolle kommen soll!)* Sie haben also in der Tschecho-Slowakei andere Grundsätze als in Österreich? Wie ist es dann mit der internationalen Sozialdemokratie? Das gibt es doch nicht. Nein, das ist nicht so! Dagegen spricht auch Klimesch. Herr Bundesrat Klein, Sie wissen, wie sich Klimesch im Wiener Landtage geäußert hat. Sie behaupten zwar, Klimesch sei kein Sozialdemokrat, er selbst aber sagt es.

Aber sei denn wie immer. Klimesch ist jedenfalls Sozialist, daran ist nicht zu zweifeln und Klimesch sagt Ihnen ganz deutlich die Meinung: Ich zitiere ein Stück aus seiner Rede vom 14. November 1922 *(liest)*: „In einer Richtung werden wir ihnen (den Sozialdemokraten) jedoch keine Gefolgschaft leisten, nämlich im Aufwiegeln der Masse gegen die Regierung, weil es ein Unsinn ist, gegen die Sanierung zu lärmen. Wenn das, was Herrn Seipel in Genf gelang, Herrn Renner gelungen wäre, würden es die Sozialdemokraten als ein bedeutendes Ereignis ausposaunen; so aber ist die Erwerbung der Lebensmittelf Kredite nichts wert; ja, es mußte sogar aus dem Erfolg ein Verrat herausgedrechelt werden. Es ist dies wieder ein klassisches Beispiel, daß parteipolitische Eifersucht keine Grenzen kennt. . . . Uns als Sozialisten wurmt es, daß sich die Sozialdemokraten in Österreich als schlechte Strategen bewiesen haben.“

Ich habe sonst keinen besonderen Gefallen an Herrn Klimesch, aber in diesem Falle gebe ich ihm vollständig recht. Klimesch betont da ganz richtig,

daß die Sozialdemokraten es in früheren Zeiten versäumt haben, in die Regierung einzutreten, als es nicht am Platze war, sich in den Schmolzwinkel zu stellen, als alle Parteien im Staate die Verpflichtung hatten, an dem Rettungswerke mitzuwirken. Sie kommen heute mit Vorschlägen. Jedes Kind kommt nun auf den Gedanken, Sie zu fragen: Ja, um Gottes Willen, warum habt Ihr das nicht längst gemacht, als Ihr noch an der Macht wart, als Ihr es leicht gehabt hättet. Warum haben Sie nicht damals schon diese gesunden Ideen gehabt? Jetzt, weil andere darauf gekommen sind, jetzt auf einmal ist es nicht recht; jetzt ist das schlecht.

Ich habe schon in einem Zwischenrufe dem Kollegen Hartmann gesagt, daß ich glaube, Klassenpolitik kann niemals Volkspolitik sein. Ich möchte diesen Zwischenruf noch weiter unterstreichen und behaupten, solange Sie auf Ihrer Klassenpolitik beharren werden, werden wir mit Recht zweifeln dürfen, daß Sie auch Volkspolitik machen. Was Sie Volkspolitik nennen, das ist ausgesprochen Ihre Parteipolitik. Sie können ohne jede Rücksicht über die Interessen der anderen Stände hinweggehen, wenn Sie nur die Interessen der von Ihnen vertretenen Klasse entsprechend herausstreichen. Vergessen Sie doch nicht, daß wir eine Lebensgemeinschaft in diesem Staate bilden, und daß es auch Ihre Pflicht ist, nicht nur die unsere, zu trachten, daß wir im Einvernehmen in diesem Staate leben können und daß wir alle Parteistreitigkeiten auf eine spätere Zeit aufheben, wo wir wieder etwas zum Leben haben. *(Zwischenrufe.)* Zuerst trachten wir unser Leben zu sichern, und dann später der Streit. Wir sind bereit, wir haben es Ihnen oft erklärt, die Parteileidenenschaft zurückzustellen; den Kampf zu vertagen und Burgfrieden zu machen, wenn es das Interesse der Rettung unseres Volkes erfordert. Aber Sie und Ihr Kampf beweisen, daß Sie auf diesem Standpunkte leider noch nicht angelangt sind. Wie könnten Sie sonst, ich kann ja an der Ehrlichkeit der Überzeugung des Herrn Vorredners nicht zweifeln, hier auftreten und einer Partei den schweren Vorwurf des Verrates ihres Programms machen, wie Sie es uns gegenüber getan haben, den Vorwurf des Verrates an dem Anschluß an Deutschland? Sie haben diesen Vorwurf weiter nicht bewiesen. Ich muß Ihnen natürlich nun zeigen, daß es nicht richtig ist, was Sie da getan haben; ich muß es Ihnen mit Ihren eigenen Worten, Herr Bundesrat Dr. Hartmann, beweisen, daß dem nicht so ist, wie Sie sagen.

Gestatten Sie mir vorher nur noch darauf hinzuweisen, Sie selbst haben es ja erwähnt, daß auch hier gesagt ist: gemäß dem Wortlaute des Artikels 88 des Friedensvertrages. Sie wissen ganz gut, daß dieser Artikel 88 kein Anschlußverbot ist, sondern

den Weg der Antragstellung durch den Völkerbund offen läßt. Ich habe schon gesagt, nach unserem Ermessen ist es dermalen ein Wahnsinn, den Anschluß *via facti* durchzuführen. Wenn also dieser Artikel 88 den Weg offen läßt, in der Form der Antragstellung durch den Völkerbund den Anschluß zu verwirklichen, wie können Sie dann sagen, der Anschluß sei verraten? Das ist doch nicht der Fall. Was wir sagen, ist nur, daß er jetzt nicht zu machen ist, daß wir umsonst den einstimmigen Beschluß des Völkerbundes zu erreichen trachten würden, weil ja nur ein politisches Kind glauben könnte, Frankreich würde die einhellige Zustimmung zu unserem Antrag ermöglichen.

Das ist doch einfach nicht zu machen. (*Bundesrat Hafner: Seit wann datiert diese Erkenntnis?*) Sie war immer da. (*Zwischenrufe. — Bundesrat Hafner: Unter dem Kanzler Mayr absolut nicht!*) Ich komme darauf, denn ich scheue eine Aussprache absolut nicht. (*Zwischenrufe.*) Freuen Sie sich nicht vorher, die Freude wäre verfrüht.

Ganz richtig sagt Bundesrat Hafner, wir müssen von Lana reden. Denken wir an Lana! Das war bekanntlich ein Vertrag, der auf fünf Jahre abgeschlossen wurde, und es war meines Erachtens kein Vertrag, der uns einen so drückenden Zwang auferlegte, es war eine Sache, die freiwillig geschah, wir mußten sie nicht machen. Und in diesem Vertrage stand, wie Sie sich gut erinnern werden: fußend auf Artikel 88 des Friedensvertrages. Also eine Sache, die man wohl mit den Genfer Protokollen vergleichen darf. Nun lassen Sie uns auf Grund des stenographischen Protokolls untersuchen, welche Stellung der verehrte Herr Bundesrat Hartmann damals zum Vertrage von Lana, dem er bekanntlich zustimmte, einnahm, mit welchen Worten er seine Zustimmung zu diesem Vertrage, der auch auf dem Artikel 88 fußte, begründete. Ich gestatte mir, aus seiner Rede einiges in Erinnerung zu bringen. Bundesrat Dr. Hartmann sagte (*liest*):

„Wir sind keineswegs Bewunderer dieses Vertrages . . . Das hindert nicht, daß wir der Ansicht sind, daß es bei der heutigen Situation tatsächlich nicht möglich ist, einen solchen Vertrag abzulehnen . . . Wir stehen insofern auf dem Boden der realen Tatsachen“ — wollen Sie das doch auch heute tun! — „als wir wissen, daß durch Deklamationen die tatsächlichen Verhältnisse nicht aus der Welt zu schaffen sind.“ — Herr Bundesrat Dr. Hartmann, heute haben Sie deklamiert — „ . . . ich sehe nicht, daß durch diesen Vertrag . . . ein neuerliches Verbot oder eine Erschwerung des Anschlusses erzielt worden ist. . . . Wir müssen froh sein, wenn wir Bundesgenossen in diesem einen für uns wichtigsten Punkt erlangen, in dem Punkte, welcher uns zu Gegnern der Donaukonföderation macht, zu Anhängern eines unabhängigen Öster-

reich, allerdings nicht eines unabhängigen Österreich im Sinne der Friedensdikate, sondern eines unabhängigen Österreich, wie wir es uns vorstellen und auf Grund seiner Selbstbestimmung. Ein Verzicht auf den Anschluß ist weder nach dem Wortlaute noch nach dem Sinne dieses Vertrages in ihm zu ersehen. Es ist ganz selbstverständlich, daß dieser Vertrag auf Grund der beiden einmal abgeschlossenen geltenden Verträge abgeschlossen wird . . . Man kann nicht eine Binde vor die Augen nehmen und sagen: Bitte, ich sehe nicht, daß dieser Vertrag existiert. Wir sehen ihn leider täglich und stündlich und müssen uns leider auf ihn einrichten, bis zu dem Momente . . . wo wir unseren Anschluß an das Deutsche Reich hoffentlich auf dem uns vorgezeichneten Wege durch den Völkerbund durchführen können. Gerade der Hinweis auf den Vertrag von Saint-Germain beweist ja, daß uns dieser Weg durch den Vertrag von Lana keineswegs verlegt wird; man könnte im Gegenteil sagen, daß gerade die Möglichkeit des Anschlusses, welche uns durch den Friedensvertrag gegeben worden ist, durch die Erwähnung desselben in diesem Vertrage betont wird.“

Meine Verehrten! Wenn Sie die heutige Rede des Herrn Bundesrates damit vergleichen, werden Sie einen merkwürdigen Widerspruch entdecken. (*Sehr richtig!*) Nehmen Sie noch, was der verehrte Bundesrat Dr. Gruener zu diesem Vertrage von Lana sprach, so erhalten Sie das, was ich sagte, noch deutlicher unterstrichen. Herr Bundesrat Dr. Gruener sagte (*liest*):

„Wenn wir auf diesem Wege“ — nämlich durch den Vertrag von Lana — „zu tschechischen Kronen kommen können, so bin ich nicht der Meinung des geschätzten Kollegen Professor Birbaumer“ — er hat mich damals sogar geschätzt (*Heiterkeit*) — „daß wir von den Tschechen nichts nehmen sollen. Wir brauchen die tschechischen Kronen und den Kredit. Nehmen muß man sie dort, wo man sie bekommt. Das der Friedensvertrag zitiert wurde, ist nicht nur aus formalen Gründen, sondern auch sachlich begreiflich. Wie es aber immer sein möge, mögen Verträge geschlossen werden, wie sie wollen, weit über die Verträge hinaus bleibt das Recht der Völker auf ihre Selbständigkeit und auf ihren Lebenswillen bestehen. Wir wissen . . . daß der Staat jetzt gehalten werden muß, daß der Vertrag notwendig war.“

Mit diesen Schlußworten wollen wir dem Herrn Bundesrat Dr. Gruener vollständig recht geben. Wir wissen, daß der Staat den Vertrag jetzt braucht. Das paßt für heute wunderbar. Man kann also in seinen Reden nicht genug vorsichtig sein, weil sie bei geeigneter Gelegenheit wieder ins Treffen geführt werden. Wenn von so berufener Seite wie von den Herren Dr. Hartmann und

Dr. Gruener zum Vertrage von Lana und zum Teil auch zur Kreditfrage so gesprochen wurde, dann ist es wohl gestattet, heute diese Argumente neuerdings ins Treffen zu führen und der verehrten Opposition in diesem Hause vorzuhalten, daß ihre jetzige Haltung zu dem Vertrage von Genf damit nicht in Einklang zu bringen ist.

Es kann gar keine Rede davon sein, daß von Seiten meiner Partei der Anschlußgedanke in irgendeiner Form verraten worden wäre. Was wir getan haben — ich sage es Ihnen offen heraus —, ist der nüchternen klaren Erkenntnis zu huldigen, daß wir eine günstige Zeit zur Durchführung des Anschlusses zu schaffen haben und nicht etwas versuchen dürfen, was uns vielleicht die gänzliche Vernichtung des Anschlusses an das Deutsche Reich bringen könnte. Wenn jemand böshast sein wollte und von Verrat am Anschlusse sprechen wollte, dann könnte man sich an 1919 erinnern, wo es einen sozialdemokratischen Staatssekretär des Äußern gab, wo der Anschluß *via facti* zu machen gewesen wäre, wo man in diesem Staate bereits ein Verfassungsgezet geschaffen hatte, in welchem Österreich ein Bestandteil des Deutschen Reiches genannt wurde. Damals wurde aber der Anschluß nicht gemacht. Das könnte man einen Verrat am Anschlusse nennen. (Ruf: Wo Ihre Parteigenossen dagegen waren!) Wenn Sie nun heute mit dem Vorturfe des Verrates kommen, dann ist das wohl eine sehr gewagte Sache. Überhaupt, Herr Kollege, wie können Sie von einem Verrat am Anschlusse sprechen, Sie, deren Parteigenosse einstens als Bundeskanzler uns den Staatsvertrag von Saint-Germain nach Hause gebracht hat? Da haben Sie die Knechtung, da haben Sie den Verrat am deutschen Volke begangen, in dem Vertrage von Saint-Germain, wo ausgesprochen ist, daß vier Millionen Deutsche unter die fremde Krute kommen, in dem Vertrage, wo ausgesprochen ist, daß wir die militärische Kontrolle bekommen, die unendlich viel Geld kostete, in dem Vertrage, in dem das Hauptpfandrecht ausgesprochen ist. Ja, meine Verehrten, für diesen Vertrag haben Sie gestimmt, da waren Sie dafür. (Zwischenrufe.) Für diesen Vertrag, der eine Knechtung, beifolgsame, bedeutet, haben Sie gestimmt. Es wird Ihnen doch in Erinnerung sein, Herr Kollege Mesel, daß wir nicht für diesen Vertrag gestimmt haben, sondern daß Sie dafür gestimmt haben. Wollen Sie das doch nicht verdrehen! Wenn sie also für den Vertrag von Saint-Germain gestimmt haben, so glauben wir, könnten Sie auch ruhig für die Abmachung von Genf eintreten. (Ruf: Sie glauben, der Renner hat den Vertrag gemacht?) Er hat ihn nicht gemacht, aber er hat ihn gebracht, er hat ihn unterschrieben und hat dafür gestimmt, und mehr verlangen wir ja heute von Ihnen auch nicht: Stimmen Sie für den Vertrag von Genf!

Es ist ganz unangebracht und Ihr Argument ist auf sehr schwachen Füßen, wenn Sie sagen, daß wir mit diesen Genfer Beschlüssen eine Knechtung haben wollen. Eine Knechtung, wie gesagt, waren sicherlich die Beschlüsse des Vertrages von Saint-Germain, den Sie anerkannt haben. Sie müssen sich auch darüber klar sein, daß diejenigen Mächte, die uns Geld zur Verfügung stellen, auf einer Kontrolle beharren. Denken wir an private Verhältnisse: Wenn heute jemand Geld herleiht, so wird er sich sicherstellen. Ich glaube, gar so etwas Demütigendes ist auch in dieser Kontrolle nicht zu erblicken. Natürlich wird niemand behaupten, es sei etwas Unangenehmes, aber in dem Falle, wo Geld zur Verfügung gestellt wird, wird sich der Geldgeber immer zu sichern trachten.

Bedenken Sie, meine Verehrten, daß gerade Ihre Partei nicht ganz unschuldig daran ist, wenn im Ausland ein gewisses Mißtrauen gegen unsere Wirtschaft Platz gegriffen hat. (Zwischenrufe.) Gewiß! Ich möchte sogar so weit gehen und sagen, daß es ausschließlich Ihre frühere unglückselige Politik der Strafe war, die dieses Mißtrauen im Auslande ganz bedeutend genährt hat. Wenn immerfort der Ruf nach der Diktatur des Proletariats ausgestoßen wird, dann darf es nicht verwundern, wenn das Ausland kein Vertrauen mehr in diesen Staat setzt. Wenn eine Partei immerfort von der Beschlagnahme der fremden Valuten spricht, dann wird man es verstehen, daß man im Auslande vorsichtig ist.

Wozu übrigens gar so sehr die Knechtschaft in diesem Vertrage heraussstreichen? Sie wissen ganz gut, daß es sich um zwei Jahre handelt und daß wir jeden Augenblick Gelegenheit haben, mit Ihrer inneren Selbsthilfe uns jeden Augenblick freizumachen und den Generalkommissär nach Hause zu schicken. Das steht an uns, Sie wissen es ganz genau. (Zwischenruf.) Ob Sie es verstehen, Herr Bundesrat, weiß ich nicht, aber die Mehrheit Ihrer Partei wird es sicherlich verstehen, daß es Wege für uns gibt, uns von dieser Kontrolle zu befreien und im Wege von Anleihen den wirklichen Selbsthelfeweg zu beschreiten. Diese zwei Jahre, die wir abkürzen können, auf uns zu nehmen um den Preis der uns dann blühenden besseren Zeit und der Freiheit, das können wir vollständig ruhig verantworten und wir wissen heute schon, daß die große Mehrheit der Bevölkerung unser Verhalten bedt und unsere Zustimmung zum Genfer Vertrage billigt.

Ich möchte Sie darauf verweisen, daß es an uns ist, das Vertrauen des Auslandes zurückzugewinnen. Wir müssen uns förmlich Tag für Tag dieses Vertrauen zurückerkämpfen, und wenn Sie die Ereignisse vom 1. September an bis heute

verfolgen, werden Sie selbst zugeben müssen, daß der bloße Entschluß unseres Volkes, einen entscheidenden Rettungsakt zu unternehmen, schon gewisse Verbesserungen bei uns verursacht hat. *(Beifall.)* Sie wissen ganz gut, daß die Stabilisierung des Geldwertes in den abgelaufenen zwei Monaten kein Märchen ist. Wenn wir auf diesem Wege weiter beharren wollen, so werden wir es sicherlich erreichen, daß das Vertrauen des Auslandes uns wieder zuteil wird.

Meine Verehrten! Sie wissen ja ganz genau, was für Folgen es hat, wenn wir das Genfer Werk ablehnen. Der Aufruf, den der sozialdemokratische Parteivorstand veröffentlichte, zählt doch alles auf, was dann kommt, wenn wir das Genfer Werk unmöglich machen. Es heißt hier in diesem Aufruf: Der Abbruch aller Kreditverhandlungen, Verzicht auf jede Unterstützung des Auslandes, neuer Sturz des Geldwertes, neue furchtbare Teuerungswellen, höchste Gefahr für unsere Volkswirtschaft, schwerste Opfer für alle Volksklassen. Das wären die Folgen, wenn das Genfer Werk unmöglich gemacht würde. Und dennoch eröffnen Sie einen so heftigen Kampf dagegen. Verzeihen Sie, da kommt einem unwillkürlich der Verdacht, daß Sie eine Sanierung gar nicht wollen, daß Sie eine Verelendung unseres Volkes wollen, um daraus Parteivorteile zu schöpfen. *(Gelächter.)* Sie lachen darüber, aber es ist furchtbar ernst. Sie dürfen sich durchaus nicht darüber aufregen und hier Neben halten von der kommenden Reaktion. Meine Herren, Sie selber sind die Schrittmacher dieser Reaktion, Sie selbst und ihre Vorgangsweise *(lebhafter Beifall und Händeklatschen)*, Sie selbst und Ihre Nebenregierungen, die Sie bisher inaugurieren haben, sind die Schrittmacher der Reaktion. Schlagen Sie sich gefälligst reutig an die eigene Brust. Und wenn Sie es soweit treiben wollen, nun gut, Sie brauchen es nicht besonders zu betonen, daß Sie die Macht und die Kraft haben, das Genfer Werk unmöglich zu machen, Sie brauchen nicht zu betonen, daß es in Ihrer Macht liege, den ehernen Schritt der Arbeiterbataillone ertönen zu lassen. Schlagen Sie doch alles zusammen, gehen Sie daran, alles zu vernichten, Sie werden damit nur erreichen, daß Sie den Ast absägen, auf dem Sie selber sitzen. Vernichten oder lassen Sie vernichten Ihre Betriebsstätten, es sind die Betriebsstätten Ihrer Arbeiter. Sie müssen immer daran denken und dürfen die Sache nicht zuweit treiben. *(Zwischenrufe seitens des Bundesrates Klein.)* Ich weiß schon, Herr Bundesrat Klein, immer wenn Begriffe fehlen, stellt sich die Tat zur rechten Zeit ein. Es ist sehr ernst, was ich sagte, und ich kann Ihnen im Namen der weitaus großen Zahl unserer Bevölkerung erklären, daß wir es satt haben, vor Ihrer Diktatur auf die Dauer zurückzu-

weichen. Wir werden es nicht mehr tun, wir werden und wollen es nicht mehr dulden, und wenn es wirklich dazu kommt und Ihre Arbeiterbataillone aufmarschieren, dann vergessen Sie nicht vorher . . . *(Rufe: Wozu denn?)* Hoffentlich kommen Sie zu der Ansicht, daß es nicht notwendig ist. Daher ist Ihre ganze Haltung zu dem Genfer Werk eine unverständliche, daher hätten Sie Ihren Fehler einsehen sollen. Einen Fehler einzubekennen, ist keine Schande, das ist eine mannhafte Tat; aber in einem Fehler konsequent verharren zu wollen, das ist nicht mannhaft. *(Lebhafter Beifall.)*

Ich meine, daß unsere Regierung bei ihren Vorlagen eine vergessene hat. Es fehlt bei diesen Gesetzesvorlagen ein Gesetz zum Abbau des Klassenhasses, und diese Gesetzesvorlage wäre Ihres besonderen Studiums würdig. *(Zwischenrufe.)* Sie suchen fortwährend künstlich Gegensätze in unsere Bevölkerung hineinzutragen, Sie waren es, die die Gegensätze von Konsumenten und Produzenten geschaffen haben. Es war das ein Schlagwort, das nicht zutrifft, da jeder Konsument und jeder Produzent ist. Sie waren es, die die Gegensätze hineingebracht haben in ehemals friedliche Betriebe, Sie waren es, die das Klassenbewußtsein in Kreise hineingetragen haben, wo es früher nicht Platz gegriffen hat. Es wird Ihnen aber zu keinem Segen werden; damit haben Sie Wind gesät, Sie werden Sturm ernten. Ich meine gerade, durch Ihre ausdrückliche Parteipolitik, die sich himmelweit abhebt von Volkspolitik, gerade dadurch haben Sie den Verrat an unserem Volke begangen, den sie uns vorzubereiten liebten. Wir stehen auf dem Standpunkte, daß wir unser Volk über die Parteien zu erheben haben und daß keine Rücksicht auf die Mandatare es rechtfertigen kann, wenn irgendein Werk vielleicht in der Wählerschaft nicht Stimmung erregen könnte, so daß ein paar tausend Stimmen bei den nächsten Wahlen weniger für die Partei abgegeben werden. Wir sind bereit, jeden Augenblick in unsere Verufe zurückzukehren, weil wir keine Berufspolitiker sein wollen, wie es leider heute vielfach bemerkbar ist. Wir sagen in diesem Augenblick, in diesem ernstesten Moment, wo es sich um das Sein oder Nichtsein unseres Staates und unserer Bevölkerung handelt, daß jetzt der Verstand entscheiden muß und daß wir trotz aller Erschwerungen der Genfer Abmachungen für dieselben eintreten müssen. Wir sind der Meinung, daß dieses Werk gemacht werden muß, denn wir halten an dem Satz fest: Das Leben ist der Güter höchstes nicht, der Übel größtes aber ist die Schuld! Und das wollen Sie, meine Verehrten, sich besonders gesagt sein lassen. Wir werden für die Genfer Bestimmungen stimmen; im Gegensatz zu Ihrem Herrn Parteiführer sagen wir: Ja! ja! und abermals ja! *(Lebhafter, anhaltender Beifall und Händeklatschen. — Zwischenrufe.)*

47. Sitzung des Bundesrates der Republik Österreich am 28. November 1922.

713

Vorsitzender: Erlauben Sie, meine Herren und Frauen, daß ich Ihnen einen Vorschlag mache. Wir stehen jetzt noch immer beim ersten Punkt unserer Tagesordnung. Die Debatte hat so tiefschürfend und hochfliegend eingesezt, daß wir vielleicht bis gegen den Morgen brauchen würden, um diese Tagesordnung zu erledigen. Nun sind aber alle Herren und Frauen heute schon den ganzen Tag hindurch in diesem Haus oder anderswo bei Sitzungen beschäftigt gewesen, und der morgige Tag ist auch noch da. Von diesen

24 Stunden wird das ganze Genfer Werk nicht abhängen. Ich mache Ihnen daher den Vorschlag, daß wir die heutige Sitzung schließen und morgen Vormittag um 10 Uhr uns neuerdings zu einer Sitzung zusammenfinden, um die Tagesordnung, deren Verhandlung wir jetzt abbrechen, morgen zu erledigen. Sind Sie einverstanden? *(Zustimmung.)* Dann ist morgen um 10 Uhr vormittags die nächste Sitzung.

Die Sitzung ist geschlossen.

Schluß der Sitzung: 8 Uhr 15 Minuten abends.

